

**Der Landesfrauenrat Hamburg setzt sich für die Gleichstellung von Frauen und Männern in Politik, Arbeitswelt und Gesellschaft ein.**

**Der Landesfrauenrat fordert alle HamburgerInnen auf, sich am 24. Februar 2008 an der Bürgerschaftswahl und den Wahlen zu den Bezirksversammlungen zu beteiligen.**

**12 Wahlprüfsteine für die Bürgerschaftswahl 2008 geben Aufschluss über die frauenpolitischen Positionen der im Bundestag vertretenen politischen Parteien:**

**1. Frauen in politischen Ämtern und Mandaten sind immer noch nicht gleichberechtigt.**

- **Wie gewährleisten Sie die politische Repräsentation der Frauen in Ihrer Partei, in Mandaten und Ämtern sowie in Gremien, die ggf. auch durch Ihre Partei bestimmt werden?**

**CDU:** Mit dem parteiinternem Frauenquorum soll gewährleistet werden, dass mindestens ein Drittel der Parteiämter und öffentlichen Mandate von Frauen wahrgenommen werden. Seitdem ist es gelungen, den Frauenanteil im Bundesvorstand, den Landesvorständen, in Kreisvorständen und bei den Delegierten zu erhöhen.

Des Weiteren wurde mit der gemeinsamen Zielgruppenkampagne der Frauen Union und CDU Deutschlands eine spezifische Initiative zur Gewinnung von Frauen für politische Ämter und Mandate entwickelt und realisiert. Ferner hat die Frauen Union Hamburgs mit der Hamburger CDU jüngst das Mentoringprogramm auf den Weg gebracht. Dies soll in Hamburg die Frauen ansprechen, die schon ein Interesse an der politischen Arbeit vor Ort gezeigt haben, aber noch nicht den Weg dazu fanden. Den Teilnehmerinnen des Programms stehen erfahrende Politikerinnen zur Seite, die als Mentorinnen auf eine individuelle Art mit fachlicher Beratung an politische Verantwortung heranführen sollen.

Durch all diese Programme und Initiativen sollen Frauen gezielt angesprochen und ermutigt werden, sich aktiv an der Politik zu beteiligen.

**SPD:** Die Satzung der SPD regelt detailliert, dass in allen Gremien, Funktionen und Mandaten Frauen und Männer mindestens zu je 40 Prozent vertreten sein müssen, egal ob es sich um parteiinterne oder nach Gesetz gewählte Gremien, Funktionen, Wahllisten etc. handelt. Die Einhaltung der so genannten „Quote“ wird durch regelmäßige Befragung aller Gremien (auf den verschiedenen Ebenen) evaluiert und parteiintern veröffentlicht. Da das Hamburger Wahlgesetz regelt, dass die Parteien nach ihren eigenen Statuten die Wahllisten aufstellen, würde ein Verstoß gegen die Quote die Möglichkeit einer Wahlanfechtung nach sich ziehen. Auch vor diesem Hintergrund wird die Einhaltung dieser selbst gewollten Regel sehr genau sicher gestellt. Entsendet die SPD Mitglieder in Gremien außerhalb der SPD, werden diese Grundsätze auch hier geachtet!

**GAL:** Die GAL Hamburg gewährleistet die gleichberechtigte politische Repräsentanz von Frauen in der Partei durch das sog. „Frauen-Statut“, das Bestandteil der Parteisatzung ist.

Es verlangt eine Mindestparität bei Listenaufstellungen und paritätische Gremienbesetzungen

**FDP:** Überhaupt nicht. Bisher haben sich Frauen in der FDP zur Wahl gestellt und wurden auch gewählt. Die FDP lehnt Quoten ab - daher gibt es bei uns keine Quotenfrauen, wohl aber leistungsstarke Frauen auf entsprechenden Positionen.

**Die Linke:** Wir gewährleisten die politische Repräsentation unserer weiblichen Mitglieder auf allen Ebenen, in dem wir konsequent quotieren. Für unsere Landesliste zur Bürgerschaftswahl haben wir auf Platz 1 eine Frau gewählt, die Lehrerin Dora Heyenn. Auf allen ungeraden Plätzen sind ebenfalls Frauen gewählt worden, ich unter anderem auf Platz 5.

## 2. Frauen und Gremien

**Immer noch sind Frauen in Gremien unterrepräsentiert.**

- **Wie wollen Sie die Repräsentanz von Frauen quantitativ verstärken?**
- **Welche Instrumente der Frauenförderung wollen Sie nutzen?**

**CDU:** Die erhöhte Repräsentanz von Frauen in den parteiinternen Gremien ist erklärtes Ziel der CDU. Durch die in der Antwort zu Frage 1 erwähnten Maßnahmen arbeiten wir aktiv und erfolgreich auf eine stärkere Beteiligung von Frauen hin.

**SPD:** Die SPD Hamburg führt regelmäßig und erfolgreich Mentoring-Programme für Frauen durch, die neu in die SPD eingetreten sind, dies vorhaben oder sich einfach auch nur für die politischen Abläufe oder ein Amt in Partei, Bezirksfraktion und Bürgerschaft interessieren. Auf diesem Wege werden Frauen für die Übernahme von Verantwortung und Funktion in der SPD interessiert und vorbereitet. Wir halten dieses Instrument für sehr geeignet, die Repräsentanz von Frauen in der SPD zu steigern und meinen, dass es auch in anderen Bereichen erfolgreich eingesetzt werden kann.

Im öffentlichen Dienst muss die Einhaltung des Gleichstellungsgebots gerade auch mit Blick auf die Beförderungspraxis durch Frauenbeauftragte, durch den Personalrat und durch eine öffentliche Berichterstattung wie dem jährlichen Personalbericht eng begleitet werden. Notwendig ist eine Personalentwicklung im Sinne des Gender Mainstreaming, denn das Ziel der Gleichbehandlung kann oft nur erreicht werden, indem die unterschiedliche Lebenswirklichkeit von Frauen und Männern berücksichtigt werden (z.B. Teilzeitbeschäftigung, Erziehungszeiten etc.).

In der Privatwirtschaft ist die Realisierung der Gleichstellung der Geschlechter leider immer noch nicht konsensuales Ziel! Die SPD spricht sich für ein Gleichstellungsgesetz in der Privatwirtschaft aus.

**GAL:** Unser Rezept ist die Quote. Sie ließe sich unserer Auffassung nach auf andere Bereiche ausdehnen, z.B. könnte Gesetz werden, dass alle Parteien quotierte Wahllisten vorlegen oder z.B. Aufsichtsräte, die eine bestimmte Quotierung nicht erreichen, könnten die Beschlussfähigkeit verlieren.

**FDP:** In der FDP Hamburg sind Frauen in den Gremien entsprechend ihrem Anteil an der Gesamtzahl der Mitglieder (ca 30%) nicht unterrepräsentiert.

Ich persönlich würde mir allerdings eine deutlich höhere Anzahl weiblicher Mitglieder wünschen, dafür gibt es in der Tat noch viel zu tun.

1. Angebote frauenspezifischer Themen erweitern
2. Werbung in liberalen Vorfeldorganisationen verstärken
3. Liberales Frauennetzwerk erweitern

**Die Linke:** Wir haben in der Linken eine eigene, autonome Frauenstruktur, LISA. Hier entwickeln wir nach unserem Politikverständnis Positionen für die Partei die LINKE, aber auch nach außen. Ein Ergebnis sehen Sie im frauenpolitischen Teil unseres Wahlprogramms, das wir auf unserem letzten Parteitag verabschiedet haben. Ich leite es Ihnen gerne zu, Sie finden es aber auch auf unserer Homepage <http://die-linke-hh.de>. In allen Vorständen arbeiten quotiert Frauen. In unserer Arbeitsgemeinschaft Betrieb & Gewerkschaft, sind sogar drei von vier Vorstandpositionen mit Frauen besetzt. In unserem Parteilalltag ist die Beteiligung von Frauen eine Selbstverständlichkeit. Unbestritten wenden wir bei Diskussionen und Veranstaltungen das Prinzip der quotierten Redeliste an. Wir pflegen zudem auf eine gegenderte Sprache in unseren Wort- und Schriftbeiträgen – natürlich auch die Männer.

### 3. Frauen in der Wirtschaft

**Die Beschäftigungsquote der Frauen liegt um 15% unter der der Männer. Die Frauenerwerbsquote ist nur gestiegen, weil Frauen Teilzeitarbeitsplätze besetzen. Die freiwillige Vereinbarung zwischen der Bundesregierung und den Spitzenverbänden der deutschen Wirtschaft hat nicht zu einem höheren Frauenanteil in Vorständen, Aufsichtsräten und Beiräten geführt.**

**•Treten Sie für ein Gleichstellungsgesetz in der Privatwirtschaft ein, ggf.**

**warum bzw. warum nicht?**

**•Was sollte geregelt werden?**

**•Wie wollen Sie eine Frauenerwerbsfähigkeit fördern, die garantiert, dass Frauen mit ihrem Einkommen auch ein existenzsicherndes Auskommen haben?**

**•Wie wollen Sie zur Lohngerechtigkeit in einer Gesellschaft beitragen, in der die Unterschiede zwischen Frauen- und Männerlöhnen 23% betragen?**

**•Wie werden Sie weibliches Unternehmertum unterstützen?**

**•Wie setzen Sie sich für den Ausbau von Existenzförderung von Frauen ein?**

**•Welche Maßnahmen zur Förderung von Frauen nach der Familienphase planen Sie?**

**CDU:** Wir halten das Allgemeine Gleichstellungsgesetz für ausreichend.

**SPD:** Wir werden die mit den Spitzenverbänden der Wirtschaft getroffene „Vereinbarung zur Förderung der Chancengleichheit von Frauen und Männern in der Privatwirtschaft“ auswerten. Wenn diese aus unserer Sicht keine zufriedenstellenden Ergebnisse aufweisen kann

werden wir ein Gleichstellungsgesetz auch für die Privatwirtschaft auf den Weg zu bringen, das zwei wesentliche Strukturelemente enthalten soll:

Erstens sollten alle Unternehmen verpflichtet werden, Vereinbarungen zu treffen, die die Chancengleichheit von Frauen verbessern.

Zweitens sollen Maßnahmen festgelegt werden, die dann greifen, wenn innerhalb einer Frist keine Vereinbarungen zur Förderung der Chancengleichheit getroffen wurden.

**•Wie wollen Sie eine Frauenerwerbsfähigkeit fördern, die garantiert, dass Frauen mit ihrem Einkommen auch ein existenzsicherndes Auskommen haben?**

**•Wie wollen Sie zur Lohngerechtigkeit in einer Gesellschaft beitragen, in der die Unterschiede zwischen Frauen- und Männerlöhnen 23% betragen?**

**CDU:** Zwar arbeiten Frauen häufiger in Teilzeit und unterbrechen ihr Erwerbsleben öfter durch Erziehungszeiten, jedoch handelt es sich bei der Frage des existenzsichernden Auskommens um kein reines „Frauenproblem“. Entscheidend ist, dass die Zahl der Arbeitslosen sinkt und möglichst viele Arbeitslose auf den ersten Arbeitsmarkt gelangen. Wir wollen die erfolgreiche Arbeitsmarktpolitik der letzten Jahre, deren Maßnahmen insbesondere auf die Integration in den ersten Arbeitsmarkt abzielen, fortführen. Beispielhaft sei das erfolgreiche „Hamburger Modell“ zur Wiedereingliederung von Langzeitarbeitslosen erwähnt, das die Schaffung und Besetzung zusätzlicher Arbeitsplätze fördert. Die Zahl der Langzeitarbeitslosen sank im Vergleich zum Vorjahr um 12.914 auf 27.240.

Wir sehen die Lohnunterschiede zwischen Männern und Frauen als gravierendes Problem an. Die Gründe für die Lohnungleichheit sind vielfältig. Oft werden die von Frauen gewählten Tätigkeiten als leichter zu bewältigen eingeschätzt und dementsprechend schlechter entlohnt. Obwohl das neue Gleichstellungsgesetz die rechtlichen Möglichkeiten zur Angleichung an entsprechende männliche Tätigkeiten ermöglicht, wird dies noch zu wenig in Anspruch genommen. Unsere Anstrengung muss daher darauf gerichtet sein, das Berufswahlverhalten junger Frauen zu verändern, indem sie gezielt an neue Möglichkeiten und andere Berufsspektren herangeführt werden. Eine richtige Maßnahme ist hierbei der „Girl's Day“, der Mädchen die Möglichkeit bietet, vor ihrer Berufswahl verschiedene Bereiche kennenzulernen und sich an zukunftssträchtige Berufe, auch verstärkt im technisch-elektronischen Bereich, und damit an Berufe mit höherem Gehaltsniveau heranzuwagen.

Wir erhoffen uns davon, dass Mädchen bei der Berufswahl vermehrt technische Ausbildungsberufe oder Ingenieursstudiengänge in Betracht ziehen.

**SPD:** Um die obengenannten Ziele zu erreichen, bedarf es einer ganzen Reihe von Maßnahmen, die zu unterschiedlichen Zeitpunkten einsetzen müssen (Wir verweisen hier auch auf die Beantwortung der Frage 5):

- Ein Grund für die Einkommensunterschiede zwischen Männern und Frauen ist, dass Frauen überproportional in Bereichen beschäftigt sind, in den wenig bezahlt wird. Hier sind neben dem Elternhaus die Schule und die vorschulischen Einrichtungen, wie Kindergarten und Vorschule gefordert, Mädchen auf andere Berufsfelder hinzuweisen und frühzeitig beispielsweise in Naturwissenschaften zu fördern und sie über entsprechende Materialien (Bilderbücher, Bücher, Fantasiereisen, Computer und Zeichenprojekte etc.) damit vertraut zu machen, wie Frauen sich in zukunftssträchtigen Berufen behaupten. Dies muss in höheren Klassen durch entsprechende Praktika vertieft und durch eine begleitende Berufs- und Studienberatung ergänzt werden.

- Auch von absoluten Niedrigstlöhnen sind Frauen in weitaus stärkerem Maße betroffen als Männer. 70 Prozent derjenigen, deren Einkommen nicht einmal zur eigenständigen Existenzsicherung reicht, sind Frauen. Wir fordern einen allgemeinen gesetzlichen Mindestlohn von 7,50 Euro. Damit werden wir vor allem Frauen ein Existenz sicherndes Einkommen gewährleisten und viele auch aus dem Bezug von Transferleistungen lösen.
- Aber auch dort wo Frauen entsprechende Qualifikationen besitzen, werden sie zum Teil immer noch durch strukturelle Vorurteile und zum Teil durch vorhandene Seilschaften am weiteren Fortkommen gehindert. Hier kann die Schaffung bzw. die Ausweitung und das Bewerben vorhandener beruflicher Netzwerke für Frauen Unterstützung geben und „Türen öffnen“. Wir werden dies fördern.
- Der Anteil der Frauen an aufstiegsorientierter Fortbildung muss erhöht werden.
- Die Bedingungen der Erwerbstätigkeit für Frauen sind in verschiedenen Branchen sehr unterschiedlich. Wir werden daher gemeinsam mit Berufsverbänden, Kammern und einzelnen Unternehmen entsprechende maßgeschneiderte Modelle entwickeln.
- Um insbesondere Frauen in der Wissenschaft den Weg zu ebnen, werden wir ein Landes-Stipendienprogramm für junge Wissenschaftlerinnen auflegen.
- Kindererziehung ist in Deutschland nach wie vor überwiegend Frauensache. Durch den zeitweisen Ausstieg aus dem Berufsleben und/oder der Notwendigkeit, Familie und Beruf zu vereinbaren, „rutschen“ viele Frauen in schlecht bezahlte, teilweise unter ihrer Qualifikation liegende Teilzeitarbeit ab oder werden zumindest bei weiteren „Aufstiegsoptionen“ nicht mehr berücksichtigt. Hier sind gute und flexible Betreuungsangebote und flexible Arbeitsmodelle (in Teilzeit und Vollzeit) auch in höherwertigen Tätigkeiten, ebenso notwendig wie die verstärkte Verantwortung der Männer für die Kinderbetreuung. Neben Sensibilisierungskampagnen ist hier die Entwicklung konkreter Best-practice-Modelle notwendig (s. o.). Alleinerziehende, die von der Möglichkeit ausgeschlossen sind, Verantwortung teilen zu können, sind besonders zu fördern.
- In Norddeutschland profitieren Frauen weniger vom derzeitigen Aufschwung als Männer. Ihr Anteil am Anstieg der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung ist geringer. Wir werden darauf dringen, dass der Zielförderanteil bei den arbeitsmarktpolitischen Instrumenten, insbesondere beim Eingliederungszuschuss und der Förderung der Selbständigkeit auch mindestens erreicht wird. Wir werden prüfen, ob weitere von der Stadt zu unterstützende Projekte für Frauen in bestimmten Lebenslagen erforderlich sind.
- Neben strukturellen bzw. mittelbaren Diskriminierungsformen gibt es auch immer noch Fälle direkter Lohndiskriminierung. Wir werden uns daher dafür einsetzen, dass die Tarifparteien regelmäßig überprüfen, ob die Entlohnung diskriminierungsfrei ist.
- Wo die Stadt als direkter Arbeitgeber, als Gesellschafter, Zuwendungs- oder Auftraggeber Einfluss auf die Gestaltung der Arbeitsverhältnisse hat, wird er als Vorbild für die berufliche Gleichstellung und damit auch für die Zahlung angemessener Löhne und Gehälter handeln.

**•Wie werden Sie weibliches Unternehmertum unterstützen?**

**•Wie setzen Sie sich für den Ausbau von Existenzförderung von Frauen ein?**

**CDU:** Hamburg ist die Hochburg der Unternehmerinnen in Deutschland. Dem Anteil von bundesweit durchschnittlich 28 % weiblichen Selbständigen stehen in Hamburg rund 32% Unternehmerinnen gegenüber.

Wir begrüßen und unterstützen Netzwerke und Informationsveranstaltungen, die sich speziell an Frauen richten, da Frauen anders gründen als Männer. Regelmäßig werden für Gründerinnen Veranstaltungen wie „e trifft u - Existenzgründerin trifft Unternehmerin“ durchgeführt, die vor allem dem Erfahrungsaustausch und der Knüpfung geschäftlicher Kontakte dienen. In

der Handelskammer Hamburg steht eine Gründerinnenbeauftragte als Ansprechpartnerin zur Verfügung.

Die Förderung von Existenzgründungen (z.B. H.E.I. Hamburger Existenzgründungsinitiative, angesiedelt im Haus der Wirtschaft) ist nicht geschlechterspezifisch ausgebaut. Die Angebote richten sich gleichermaßen an Frauen und Männer. Handelskammer und Handwerkskammer haben Anlaufstellen für Existenzgründer. Darüber hinaus gibt es jedoch spezielle Netzwerke und Informationsveranstaltungen für Existenzgründerinnen.

**SPD:** Frauen gründen überwiegend anders als Männer. Sie gründen weniger kapitalintensiv und greifen dabei häufiger auf Kredite aus dem privaten Umfeld zurück; sie gründen oft kleinere Unternehmen und bevorzugt im Bereich der personenbezogenen Dienstleistungen. Für einen nicht geringen Teil von ihnen, stellt der Weg in die Selbständigkeit, eine Möglichkeit da, Familienarbeit und Erwerbstätigkeit miteinander zu verbinden. Während männliche Gründer oftmals – und gerade in der Aufbauphase – viel Zeit investieren, arbeitet fast ein Viertel der Gründerinnen unter 20 Stunden die Woche.

Dies zeigt, dass es besondere Beratungs- und Unterstützungsangebote für gründungswillige Frauen geben muss und dass auch die Förderinstrumente der Bundesanstalt für Arbeit und anderer Einrichtungen auf das Gründungsverhalten und die Rahmenbedingungen von Frauen zugeschnitten sein müssen.

Leider hat der Senat die Mittel für zahlreiche Beratungsangebote für Frauen – auch in der beruflichen Förderung – zusammengestrichen und damit eine über Jahre aufgebaute Beratungskompetenz in diesem Bereich stark ausgehöhlt.

Neben der gezielten Beratung und Begleitung, spielt natürlich die Finanzierung von Gründungen eine wichtige Rolle. Viele Frauen verfügen nur über geringes Eigenkapital, haben weniger Sicherheiten und sind aufgrund des geringen Gründungsvolumens für viele Hausbanken uninteressant. Zudem werden sie auch nach wie vor, oft weniger ernst genommen als Männer. Möglichkeiten, Klein- und Kleinstkredite zur Existenzgründung zu erhalten, wie „Start Geld“ und „Mikrodarlehen“ der KfW-Mittelstandsbank müssen Frauen noch stärker zugänglich gemacht, ihr Förderanteil gesteigert werden. Wir werden nach dem Vorbild anderer Bundesländer eine Hamburger Investitionsbank schaffen, um die Finanzierungsmöglichkeiten für Gründerinnen und Gründer und für bestehende kleinere und mittlere Unternehmen zu verbessern. Hier werden wir im Sinne des Gender-Mainstreaming dafür Sorge tragen, dass Frauen angemessen bei der Förderung berücksichtigt werden.

Wir werden ein zentrales Amt für Gleichstellung schaffen. Eine der Aufgaben wird es sicherlich sein, bestehende Netzwerke für Existenzgründerinnen, aber auch für Unternehmerinnen auszubauen bzw. zu unterstützen, sowie geeignete Maßnahmen zu ergreifen, weitere branchenspezifische Netzwerke anzuregen, um Frauen z.B. auch für Unternehmensnachfolgen „fit“ zu machen. Zugleich müssen diese Netzwerke auch stärker beworben werden. Denn hier ist nach wie vor Nachholbedarf. Frauen nutzen die für das berufliche Weiterkommen so wichtigen Netzwerke seltener als Männer. Auch Mentoring-Programme, in denen eine Gründerin oder eine Nachfolgerin, eine erfahrene Unternehmerin für eine gewisse Zeit an die Seite gestellt bekommt, ist ein Ansatz den wir intensivieren werden.

**•Welche Maßnahmen zur Förderung von Frauen nach der Familienphase planen Sie?**

**CDU:** Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie hat für das Leitbild der Wachsenden Stadt große Bedeutung.

Wir wollen die Frauenerwerbsquote insgesamt und die Erwerbsquote der Frauen mit Kindern weiter erhöhen. Neben spezifischen arbeitsmarkt- und strukturpolitischen Ansätzen ist dabei insbesondere der weitere Ausbau von Kinderbetreuungsmöglichkeiten eine wesentliche Maßnahme. Insofern werden wir die beste Kinderbetreuung Westdeutschlands noch weiter ausbauen und einen Rechtsanspruch für alle Kinder ab 2 Jahren auf einen Krippenplatz einführen. Darüber hinaus möchten wir die umfassenden Beratungsangebote des Senats für familienbewusste Personalpolitik in Hamburger Unternehmen fortführen und erweitern lassen. So gibt es beispielsweise das im Januar 2006 gestartete Modellprojekt „WORKlife Koordinierungsstellen Frau und Beruf“: Die zentralen Anlaufstellen für Unternehmen und Berufsrückkehrer/innen unterstützen Unternehmen bei der Umsetzung einer familienfreundlichen Personalpolitik und der Personalentwicklung für Beschäftigte in und nach der Elternzeit und beraten Berufsrückkehrer/innen in allen Fragen der beruflichen Entwicklung, Weiterbildung und Arbeitsplatzsuche. Darüber hinaus gibt es eine Reihe von Broschüren, die der Senat zur familienbewussten Personalpolitik für Unternehmen veröffentlicht hat. Diese Angebote gilt es weiter auszubauen und publik zu machen.

**SPD:** Leider waren auch in diesem Bereich qualifizierte und bewährte Träger von den Streichungen des derzeitigen CDU-Senats betroffen. Zwar konnte die Einrichtung FLAKS für Frauen in Altona-Nord nach heftigen Protesten doch langfristig gesichert werden, eine wertvolle Einrichtung wie die Frauenberatungsstelle Efa wurde hingegen im letzten Jahr geschlossen. Wir werden uns dafür einsetzen, dass es ein ausreichendes Beratungsangebot für Berufsrückkehrerinnen gibt.

Frauen, die nach einer Familienphase wieder in ihren Beruf einsteigen wollen, werden auch von der ARGE – in der die Stadt die Mehrheit in der Trägerversammlung hat und die Geschäftsführung bestimmt und somit die Verantwortung trägt – nur unzureichend gefördert. Häufig werden ihnen von der ARGE keine adäquaten Angebote gemacht. Die drastischen Kürzungen des Senats in der Arbeitsmarktpolitik und die einseitige Ausrichtung der ARGE auf Arbeitsgelegenheiten, die sog. Ein-Euro-Jobs, tragen nicht zur bedarfsgerechten Qualifizierung von Berufsrückkehrerinnen bei.

Wir werden in der Arbeitsmarktpolitik umsteuern und von städtischer Seite wieder mehr in die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, insbesondere der Langzeitarbeitslosigkeit investieren. Wir werden mit dem konsequenten Ausbau der Qualifizierungsmaßnahmen beginnen und uns auch auf Bundesebene dafür einsetzen, dass Qualifizierung bei der Bundesagentur für Arbeit wieder einen höheren Stellenwert bekommt. Bei der Entwicklung und dem Einsatz von Qualifizierungsmaßnahmen, sind die Bedürfnisse und Rahmenbedingungen von Berufsrückkehrerinnen angemessen zu berücksichtigen. Bei der Fortbildung der ARGE-Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ist auch auf deren Gender-Kompetenz Wert zu legen.

**GAL:**  Ja, wir treten nach wie vor für ein Gleichstellungsgesetz für die Privatwirtschaft ein.

Es müssen Ziele mit den Unternehmen vereinbart werden, die festlegen, was in welcher Zeit erreicht werden soll. Positive Anreizmodelle, z.B. bei der Vergabe öffentlicher Aufträge, sollten ebenfalls eingesetzt werden, um Betriebe zu mehr Geschlechtergerechtigkeit zu motivieren.

Frauen arbeiten viel öfter in Teilzeit und zum anderen verlangen sie in den übertariflichen Bereichen weniger Geld als Männer. Drittens werden typische Frauenberufe typischerweise

niedriger bezahlt. Deshalb sind Frauen immer stärker als Männer gefährdet, kein Auskommen mit dem Einkommen zu haben und im Alter keine ausreichenden Renten zu erhalten. Und deshalb muss auf allen drei Ebenen, dieser Ungleichheit begegnet werden. Das AGG bietet den rechtlichen Rahmen, gegen Lohndiskriminierungen vorzugehen, wie es ja auch schon in Hamburg passiert ist. Darüber hinaus müssen die Gewerkschaften tarifimplizite Diskriminierungen angehen, ebenso wie diskriminierende Einstellungs- und Bewertungsverfahren. Die Politik muss den Rahmen für Vollzeitwerbstätigkeit bzw. Teilzeiterwerbstätigkeit für alle (Frauen wie Männer) neu setzen. Das geht über ein geschlechtergerechtes Steuersystem, Abschaffung des Ehegattensplittings und ausreichend Kinderbetreuungsangebote von Beginn an. Wichtig sind auch Mindestlöhne, ob nun branchenspezifisch oder gesetzlich. Bei der Bewilligung von ALG II verstärkt das derzeitige Verfahren (Bedarfsgemeinschaften, Partnereinkommen) die finanzielle Abhängigkeit von Frauen und versperrt zudem den Zugang zum Arbeitsmarkt. Das wollen wir ändern und wollen uns dafür im Bund einsetzen.

□Außerdem wollen wir durch ein umfangreiches Programm gerade in den strukturschwachen Stadtvierteln Hamburgs Arbeitsplätze – wovon insbesondere auch Frauen profitieren sollen – schaffen. Der derzeitige Senat in Hamburg hat die spezifische Förderung für Frauen eingestellt – abgesehen von einem Projekt für Berufsrückkehrerinnen. Aber auch das bedarf weiterer Unterstützung.

□Wichtige Impulse für eine existenzsichernde Berufstätigkeit von Frauen wollen wir mit der Gründung eines Interkulturellen Frauenwirtschaftszentrums in Hamburg geben. Hier sollen Existenzgründerinnen und Unternehmerinnen - ob Künstlerin, Designerin oder IT-Fachfrau, Migrantin oder nicht - Beratung, Vernetzung und Kooperation für die erfolgreiche Umsetzung ihrer Geschäftsideen finden.

□Die Hamburger Hochschulen kranken immer noch an einem eklatanten Mangel an Wissenschaftlerinnen in den Spitzenpositionen. Wir wollen mehr Professorinnen, mehr Frauenförderprofessuren und mehr Frauen in naturwissenschaftlich-technischen Studiengängen. Die Ziel- und Leistungsvereinbarungen mit den Hochschulen bieten eine ausgezeichnete Möglichkeit, das Erreichen festgelegter Quoten entsprechend zu belohnen.

**FDP:** Die FDP Hamburg lehnt Gleichstellungsgesetze ab, da diese Gesetze Frauen-Beschäftigung eher verhindern statt fördern. Wenn Sie selbst einen Betrieb führen, werden sie merken, wie problematisch die ganzen Fördergesetze sind und wie schnell dadurch die Einrichtung neuer Arbeitsplätze verhindert wird. Die FDP geht davon aus, dass in erster Linie möglichst viele Arbeitsplätze zu schaffen sind. Nur ein gutes Arbeitsplatzangebot führt auch zu existenzsichernden Einkommen. In diesem Zusammenhang müssen auch die liberalen Programme für ein gerechteres Steuersystem und das Bürgergeld gesehen werden. Das Steuersystem sorgt dafür, dass mehr Netto in der Tasche verbleibt und das Bürgergeld sichert die Existenz.

Damit Eltern die Freiheit haben Familie und Beruf zu vereinbaren, brauchen sie eine verlässliche und zeitlich flexible Kinderbetreuung. Da sehe ich erheblichen Verbesserungsbedarf.

Geschlechtsspezifische Tarife und Ungleichbezahlung lehnen die Liberalen ab. Männer und Frauen sind gleichberechtigt und müssen auch so behandelt werden. Dafür langt die Gesetzeslage aus - wir haben allerdings ein Vollzugsdefizit.

Der Frauenanteil in den Führungsetagen wird sich in den kommenden Jahren zum positiven entwickeln, denn sie liegen in der Bildung weit vorn. Allerdings müssen Frauen ebenso bereit

sein, sich für einen Platz in den Führungsgremien einzusetzen. Wenn ich die Mädchen, die heranwachsen sehe bin ich zuversichtlich, dass sie sich ihren Platz erobern werden.

Grundsätzlich wäre es sinnvoll jungen Menschen schon während der Studienzeit Familienunterstützung anzubieten. Es wäre vernünftig jung seine Kinder zu bekommen und dann in die Karrierephase mit älteren Kindern zu starten.

Die FDP steht für die Schaffung von Arbeitsplätzen und die Gründung von Unternehmen, das gilt insbesondere auch für Frauen. Allerdings machen wir keinen geschlechtsspezifischen Unterschied bei den Fördermaßnahmen.

**Die Linke:**- Es ist eine unserer Forderungen für die Bürgerschaftswahlen, für ein Gleichstellungsgesetz in der Privatwirtschaft in der Bürgerschaft zu werben und Mehrheiten dafür zu finden. Nach meinen Vorstellungen gehört in dieses Gesetz hinein, dass in Betrieben Frauen benannt werden, die als Beauftragte zur Förderung und Durchsetzung der Gleichstellung tätig werden. Sie sollen beim Personalmarketing und in der Personalentwicklung einen aktiven, verbindlichen Part haben. Mit ihnen hat die Betriebsleitung verbindliche Pläne zu erarbeiten, Frauen zu fördern. Auf eine Eigeninitiative der Wirtschaft zu warten, reicht nicht. Es muss eine gesetzliche Verpflichtung bestehen, Gleichstellungspolitik im Betrieb umzusetzen. Eine Verweigerung muss klar formulierte Rechtsfolgen haben. Nehmen Sie die Betriebsräte: Der Gesetzgeber hat hier bereits eine Quotenregelung installiert – es geht also in der Privatwirtschaft.

- Wir müssen die Realität akzeptieren, dass Frauen in der Regel die Betreuung nach der Geburt eines Kindes übernehmen und aufgrund zu geringer Kita-Plätze und starrer Öffnungszeiten von Kitas auf eine Beschäftigung angewiesen sind, deren Entlohnung nicht Existenz sichernd ist. Daher setzen wir uns dafür ein, dass es ausreichende und qualifizierte und wohnortnahe Betreuungsangebote gibt. Parallel wollen wir, dass mit den Unternehmen in Hamburg verbindliche Vereinbarungen für familienfreundliche Strukturen geschaffen werden. Jeder Mensch soll von seiner Hände Arbeit leben können, unabhängig vom Einkommen des Partners. Wir setzen uns zudem für den gesetzlichen Mindestlohn ein, der vor allem Frauen zu Gute kommen wird und unterstützen die Gewerkschaften bei ihren Forderungen nach angemessenen Tarifloohnerhöhungen.

- Die unterschiedliche Bezahlung von Frauen und Männern ist ein Skandal. Es liegt aber auch daran, dass sich Mädchen heute immer noch für die „klassischen“ Frauenberufe entscheiden, die schlecht bezahlt werden. Dieses traditionelle Verständnis muss bereits im Kindergartenalter aufgebrochen werden und liegt in der Verantwortung der gesellschaftlichen Erziehungsleistung. Wie ist es sonst zu verstehen, dass Mädchen hervorragende Schulabschlüsse machen, die sich aber in der Bezahlung im späteren Job nicht auswirkt? Unserer Meinung nach darf es keine Leichtlohngruppen mehr geben. Wir unterstützen die Gewerkschaften darin, dass sie derartige Tarifverträge überprüfen und neu verhandeln. Entsprechende Beschlüsse wurden zum Beispiel auf dem Bundeskongress von ver.di im Oktober 2007 gefasst.

Wenn sich Frauen selbstständig machen wollen, bedürfen sie einer unbürokratischen Unterstützung. Denkbar sind auch besondere Kredite für Unternehmerinnen, für die wir bei den Banken werben könnten. Wir unterstützen zudem Frauennetzwerke. Wir haben allerdings auch die Sorge, dass sich Frauen aus „nackter Not“ selbstständig machen oder zum Subunternehmerintumentum gezwungen werden. Dem wollen wir Einhalt gebieten. Sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse dürfen nicht in eine Scheinselbstständigkeit umgewandelt werden – weil sie die Abhängigkeit von Frauen fördert. Wir fordern zudem, dass in das Vergabegesetz ein Zusatz aufgenommen wird, der die Frauenförderung in Betrieben als Kriterium für Aufträge beinhaltet.

- Mir liegt es am Herzen, auch eine kritische Sache aufzuwerfen: Frauen als Vorgesetzte. Ich halte aus persönlicher und langjähriger betriebsrätlicher Erfahrung wenig von dem Mythos, dass weibliche Vorgesetzte besser als männliche sind. Dennoch bin ich dafür, dass mehr Frauen in Führungspositionen kommen. Wichtig finde ich dem Zusammenhang, dass es Grundsätze der Personalführung sowie Zielvereinbarungen gibt, die männliche wie weibliche Vorgesetzte einzuhalten haben. Ich sehe aber auch das Problem, dass Frauen in Führungspositionen oft schlechtere Voraussetzungen als Männer. Männer haben in der Regel jemanden, der ihnen den Reproduktionsbereich sichert, eine Partnerin. Frauen in verantwortlicher Stellung haben es nachweislich schwerer, einen adäquaten Partner zu finden – sie sind überproportional oft Single – der ihnen den Rücken freihält. Auch deswegen fordern wir eine weitere Arbeitszeitverkürzung – auch für ManagerInnen. Es muss normal sein, dass eine Führungskraft in der Wirtschaft Teilzeit arbeitet.

- Die Familienphase hört ja eigentlich erst auf, wenn Kinder sich finanziell selbst versorgen können. Grundsätzlich wollen wir, dass Kinder eine unabhängige Grundsicherung erhalten. Die Studiengebühren müssen zurückgenommen werden, weil dies Familien unzumutbar belastet. Gleiches gilt für das Büchergeld. Wenn eine Mutter arbeiten möchte, soll sie dies nach ihren Bedürfnissen und Wünschen können, auch schon während der Elternzeit. Wir finden es wichtig, dass Frauen nicht zu lange aus dem Berufsleben aussteigen, weil sie sonst den Anschluss verpassen könnten. Daher ist es auch nötig, dass ständige Fortbildungen angeboten werden, vorzugsweise von den Betrieben.

#### **4. Hamburg - Wachsende Stadt**

**Die Mehrheit der Hamburger Bevölkerung sind Frauen. Deswegen sind die Stadt-, Verkehrs- und Wohnungsplanung von besonderer Bedeutung für Sicherheit und Lebensfreude von Frauen. Die Zeiten, Arbeits- und Lebensalltage von Frauen und Männern in Großstädten sind unterschiedlich.**

**•Inwiefern werden Frauen an Stadt- und Wohnplanung beteiligt?**

**•Wie werden Bedürfnisse und Interessen der Frauen, ihre von Männern unterschiedlichen Lebens- und Arbeitsabläufe in Ihre Stadt- und Hamburg-Planung einbezogen?**

**•Wie gewährleisten Sie, dass genügend Wohnungen im sozialen Wohnungsbau zur Verfügung stehen?**

**•Wie wird die demographische Entwicklung in der „wachsenden Stadt“ berücksichtigt?**

**CDU:** Die sogenannten Fachfrauen in der BSU beraten die Ämter der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt bei konzeptionellen Arbeiten und Planungsaufgaben, um Stadtplanung, Wohnungsbau, Grün- und Verkehrsplanung unter einem besonderen weiblichen Blickwinkel auszuleuchten und den so gewonnenen Erkenntnissen Eingang in die Planung zu verschaffen.

**SPD:** Jahrzehnte lang wurden in Deutschland Wohnungen nach „Schema-F“ gebaut. Die besonderen Belange der sehr unterschiedlichen Bewohnerinnen- und Bewohnergruppen (jung, alt, mit Familie, Alleinstehend, mit und ohne Mobilitätseinschränkung) wurden kaum bedacht. Das soll anders werden. Wir wollen die Wohnraumplanung familienfreundlicher, altersgerecht und auch für Singlehaushalte attraktiv machen. Das setzt voraus, dass die Beteiligung der unterschiedlichen Gruppen und der Frauen deutlich verbessert wird. Sie alle müssen

sich informieren und ihre Ideen einbringen können, damit Stadt- und Wohnplanung nicht über ihre Köpfe hinweg passiert.

Zu diesem Zweck soll eine von der Stadt Hamburg getragene Hamburger Stadtwerkstatt eingerichtet werden. Die Hamburger Stadtwerkstatt soll erste Anlaufstelle für Planungsinteressierte sein. In Diskussionsveranstaltungen und Workshops sollen Bürgerinnen und Bürger und Expertinnen und Experten über ihre Vorstellungen von Stadt diskutieren und gemeinsam Lösungsansätze für aktuelle Probleme entwickeln. Dazu wollen wir gezielt Expertinnen (Architektinnen, Stadtplanerinnen etc.) ansprechen.

**•Wie werden Bedürfnisse und Interessen der Frauen, ihre von Männern unterschiedlichen Lebens- und Arbeitsabläufe in Ihre Stadt- und Hamburg-Planung einbezogen?**

**SPD:** Da Frauen neben ihrer Berufstätigkeit nach wie vor mehrheitlich den überwiegenden Anteil an der Familienarbeit leisten und ihre Kinder zu Kita, Schule und anderen Aktivitäten begleiten, sind sie stärker darauf angewiesen, dass die Öffnungs- und Betriebszeiten dieser Einrichtungen und der Öffentliche Nahverkehr mit der Ausübung ihrer Berufstätigkeit in Einklang zu bringen sind. Dies gilt umso mehr, wenn Alleinerziehende diesen Spagat zwischen Beruf und Kind leisten müssen.

- Eine Voraussetzung ist ein möglichst umfassender Rechtsanspruch auf eine Kinderbetreuung, die die Arbeitszeiten berücksichtigt – wie mit dem KibEG und seiner „Hamburger Garantie“ von der SPD und ihren Mitstreitern durchgesetzt.
- Neben den vielen pädagogischen Notwendigkeiten ist auch die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ein Argument für den Ausbau von Ganztagschulen, dem sich die SPD besonders verpflichtet fühlt. Wir werden ein Landesprogramm Ganztagschule – 100 Schulen in 6 Jahren – auflegen und beim Ausbau der Ganztagschulen vor allem die soziale Lage, die gleichmäßige regionale Verteilung und die Grundschulen berücksichtigen.
- Und die SPD begrüßt und unterstützt die Bemühungen von Privatunternehmen, ihre Arbeitszeiten und Rahmenbedingungen familienfreundlicher zu gestalten.

**•Wie gewährleisten Sie, dass genügend Wohnungen im sozialen Wohnungsbau zur Verfügung stehen?**

**•Wie wird die demographische Entwicklung in der „wachsenden Stadt“ berücksichtigt?**

**CDU:** Es gilt den Bestand an Sozialwohnungen zu sichern sowie zu modernisieren und somit an aktuelle energetische und mieterspezifische (Größe der Wohnungen) Anforderungen anzupassen.

Nicht der Staat sollte durch aufwendige und teure Wohnungsbauprogramme (wie in den 70er Jahren) (sozialen) Wohnraum schaffen, es sollte eher die Unternehmen durch Anreizsysteme davon überzeugt werden. Hamburg ist hier bereits auf dem richtigen Weg. Drei Möglichkeiten stehen der Stadt zur Verfügung: 1. die Vergabe von verbilligten Darlehen (WK), 2. die Anhandgabe von vergünstigten Baugrundstücken und 3. das Einwirken auf die eigenen Unternehmen. Die ersten beiden Maßnahmen werden verfolgt, die dritte Maßnahme wird flankierend eingesetzt. Grundsätzlich gilt:

Es gibt auf absehbare Zeit genügend Sozialwohnungen. Hinreichend bezahlbaren Wohnraum stellen wir mit einem Bündel von Maßnahmen sicher: Zum einen gilt es, überhaupt ein hinreichendes Angebot an Wohnraum am Markt zur Verfügung zu halten. Dies fördern wir durch die Ausweisung zusätzlichen Baulands für Wohnungszwecke – vor allem in den innerstädtischen Konversionsflächen, und durch die Neubauförderungsprogramme der Wohnungsbaukreditanstalt. Des Weiteren setzen wir weiter auf unsere starke kommunale Wohnungsbaugesellschaft SAGA.GWG, die gezielt Angebote für niedrige und mittlere Einkommen anbietet.

Die 2006 von Senat und Wirtschaft gestartete Wohnungsbauoffensive für Hamburg geht weiter: Die Stadt stellt den Wohnungsbauverbänden erneut städtische Flächen für 1000 Wohneinheiten zu vergünstigten Preisen zur Verfügung. Beide Wohnungsbauoffensiven haben das Ziel, dass vorwiegend familienfreundliche Geschosswohnungen zeitnah errichtet werden.

**SPD:** Die „Wachsende Stadt“ ist in erster Linie ein PR-Schlagwort der CDU. Tatsächlich wächst Hamburg bereits seit 20 Jahren, d.h. die Bevölkerungszahl ist seitdem um ca. 200.000 gestiegen. Für all diese Neu-Hamburgerinnen und -Hamburger muss es Arbeitsplätze, eine soziale Infrastruktur und vor allem auch ausreichenden und bezahlbaren Wohnraum geben. Unter den SPD-geführten Senaten gab es deshalb in den neunziger Jahren bis zum Regierungswechsel 2001 einen besonderen Schwerpunkt bei der sozialen Wohnraumförderung. Im Ergebnis wurden in diesem Zeitraum rund 7.000 Wohnungen in jedem Jahr neu gebaut, davon ungefähr die Hälfte öffentlich gefördert. Fachleute sehen bis zum Jahr 2020 weiterhin einen jährlichen Neubaubedarf von durchschnittlich 5.500 bis 8.000 Wohnungen.

Seitdem die CDU den Senat stellt ist die Zahl der jährlichen Fertigstellungen aller Wohnungen auf gut 3.800 Wohnungen gesunken, da der Senat unter anderem den klassischen sozialen Wohnungsbau seit 2005 weiter reduziert und die Förderung auf wenige Zielgruppen (wie Behinderte und Studierende) beschränkt hat. Die Folge sind mittlerweile steigende Mieten und die Tatsache, dass nur noch knapp ein Drittel der vordringlich Wohnungssuchenden (von Obdachlosigkeit bedrohte oder misshandelte Menschen, schwangere Frauen, Alleinerziehende, Rollstuhlfahrer etc.) mit einer Sozialwohnung versorgt werden können.

Die SPD fordert deshalb seit Jahren im sozialen Wohnungsbau die Förderung nicht nur auf einzelne Gruppen und Tatbestände zu beschränken, sondern den Neubau von jährlich mindestens 2.400 öffentlich geförderten Mietwohnungen vorzusehen.

Zusammen mit den freifinanzierten Mietwohnungen und den Eigentumswohnungen würde man damit den Wohnungsbedarf in Hamburg abdecken können. Wichtig ist dabei auch, dass die städtischen Wohnungsunternehmen wieder in die Lage versetzt werden, ihrem Auftrag preisgünstigen Wohnraum für die Menschen in Hamburg zu schaffen, nachzukommen und sich in nennenswertem Umfang an dem Wohnungsbauprogramm zu beteiligen. Unter dem von CDU-Senat mussten SAGA/GWG allein eine halbe Milliarde Euro zur Finanzierung des Sonderinvestitionsprogramms des Senats, also zu den „Leuchtturmprojekten“ wie der Elbphilharmonie beisteuern – Geld, das an anderer Stelle fehlt.

**GAL:** □ Frauen sind generell auf allen Ebenen und in allen Institutionen der städtischen Verwaltung und der relevanten Professionen an der Stadt Bündnis 90/DIE GRÜNEN GAL Hamburg 2007-10-30 WPS Landesfrauenrat Seite 3 von 8 und Wohnungsbauplanung beteiligt. Es sind allerdings, wie in den meisten technischen Berufen, in der städtischen Verwaltung nach unserer (nicht empirisch überprüften) Wahrnehmung nach wie vor mehr Männer als

Frauen in den Stadtplanungs- und Bauämtern tätig. Bei den freien Professionen der Bauingenieure und Statiker ist dies ähnlich, im Bereich der Architektur sind unserem Eindruck nach mehr Frauen präsent. Einige von ihnen, wie Iris Neitmann, Beata Huke-Schubert, Alexandra Czerner, Ingrid Spengler und Karin Renner haben sich in verschiedenen Projekten insbesondere auch mit den Bedürfnissen von Frauen in der Stadt auseinander gesetzt, wie es im aktuellen Architekturjahrbuch Hamburg 2007 in Bezug auf das Vorhaben Max-B dokumentiert ist. An der HCU ist im Baubereich der überwiegende Teil der Professorenschaft männlich, wenngleich es namhafte Ausnahmen gibt wie z.B. Frau Prof. Ingrid Breckner.

□ Die GAL als Partei bzw. die Fraktion betreibt keine „Stadt- oder Wohnplanung“ im eigentlichen Sinne. Die Bedürfnisse und Interessen von Frauen berücksichtigen wir im Sinne des Gender Mainstreaming generell bei der Entwicklung unserer Fachpolitiken bzw. bei der Formulierung konkreter Projekte.

□ Der soziale Wohnungsbau ist in den letzten Jahren in ganz Deutschland stark zurückgegangen. Dies hat auch damit zu tun, dass in vielen Regionen die Schrumpfung der Bevölkerung bereits eingesetzt hat. Der Hamburger Senat hat diesen Trend, trotz des Leitbildes der „wachsenden Stadt“ und immer noch steigender Bevölkerungszahlen, mitgemacht, so dass die Fertigstellungszahlen in Hamburg drastisch eingebrochen sind. Wir wollen den Neubau preisgünstigen Wohnraums wieder ankurbeln, vor allem durch die Vergabe günstiger Grundstücke an Genossenschaften und Baugemeinschaften. Auch die SAGA/GWG soll wieder mehr Wohnungen bauen. Dies konnte sie in den letzten Jahren nicht, da der Senat alle Erträge des Unternehmens für das Sonderinvestitionsprogramm verwendet hat.

□ Nach den gegenwärtig vorliegenden Bevölkerungsprognosen wird die Einwohnerzahl auch in Hamburg ab dem Jahr 2020 zurückgehen. Dennoch wird in Hamburg zusätzlicher Wohnraum benötigt, u.a wegen der wachsenden Zahl von Einpersonen-Haushalten. Schätzungen prognostizieren einen Bedarf von ca. 60.000-90.000 Wohnungen bis zum Jahr 2020. Um so viele Wohnungen bauen zu können, müssen neue Flächen erschlossen werden, was einen latenten Konflikt mit den Zielen des Natur- und Umweltschutzes auslöst. Wir setzen deshalb primär auf so genanntes „Flächenrecycling“ und Nachverdichtung im bestehenden Siedlungsgebiet. Gleichzeitig verändert sich die altersmäßige Zusammensetzung der Bevölkerung. Die steigende Alter Menschen bringt zusätzliche Anforderungen z.B. beim barrierefreien Bauen mit sich. Daneben müssen aber auch die Bedürfnisse von Familien und jungen Menschen zufriedenstellend berücksichtigt werden.

**FDP:** Frauen werden in dem Maße beteiligt, wie sie selbst bereit sind sich einzubringen. Wir haben ein großartiges Angebot verschiedener Parteien, in die Frauen eintreten und mitmachen können. Der Staat kann nicht alles bereit stellen und leisten. Er braucht Bürgerinnen und Bürger, die mit gestalten und mit machen. Wir sind selbst die Wachsende Stadt. Die FDP steht wie keine andere Partei dafür ein, dass Wohneigentum gebildet werden kann. Je mehr Menschen Wohneigentum bilden, desto mehr Wohnungen wird es überhaupt geben.

Die demographische Entwicklung wird in Hamburg dazu führen, dass viel mehr Senioren unterwegs sind. Da bedeutet, die öffentlichen Verkehrsmittel und Wege sind auch für Menschen mit Gehbehinderungen zugänglich zu machen, Kulturangebote sollten auch nachmittags öffnen und die City wird lebendiger werden, weil immer mehr ältere Menschen wieder in die Stadt ziehen.

**Die Linke:** Frauen haben andere Wohnbedürfnisse als Männer. Wir sind dagegen, dass immer größere Einkaufszentren entstehen und kleine Läden in den Wohngebieten aufgeben müssen. Es ist erforderlich, dass es in den Bezirken Mieterräte gibt, in denen Frauen mindestens quotiert beteiligt sind. Der öffentliche Personennahverkehr ist so zu auszubauen, dass es keine langen Wege gibt, dass die Fahrzeitfrequenzen den Bedürfnissen der Menschen angepasst werden und nicht der Betriebswirtschaft. Anstatt eine U4 in die Hafencity zu bauen, hätte es eine U-Bahn-Strecke bis nach Steilshoop geben sollen. Wir sind für den Erhalt und den Ausbau von sozialem Wohnungsbau. Wir wollen eine kommunale Förderung und Unterstützung für Gemeinschaftspraxen in benachteiligten Stadtteilen. Die „Wachsende Stadt“ berücksichtigt die sozialen und emanzipatorischen Interessen von Frauen unserer Meinung nach nicht. Daten und Fakten liegen aber nur unzureichend vor. Wir setzen uns deshalb dafür ein, dass ein jährlicher geschlechtsbezogener Armutsbericht für Hamburg erstellt wird.

#### **5. Mehr Mädchen als Jungen haben höhere Bildungsabschlüsse. Berufswahl und Berufschancen korrespondieren nicht mit dieser Situation.**

**•Wie wollen Sie den geschlechterspezifischen Ausbildungs- und Arbeitsmarkt aufbrechen?**

**CDU:** Nicht der Ausbildungsmarkt ist geschlechterspezifisch geprägt, sondern Teile der Lebenswirklichkeit, in denen junge Männer und Frauen sozialisiert werden. Wo Eltern, Schule und das sonstige Umfeld die traditionellen Rollenbilder vermitteln, können Mädchen und Jungen keine echte Wahl treffen. Dies ist der Grund dafür, dass die Hälfte aller weiblichen Auszubildenden sich auf nur zehn Berufe konzentriert – ob Arzthelferin, Friseurin oder Kauffrau im Einzelhandel, die zehn meist gewählten Berufe bieten nur geringe Gehalts- und Karriereöglichkeiten. Deshalb müssen wir diesen Schulabgängerinnen weitere Perspektiven aufzeigen und ihr Interesse an frauen-unspezifischen und besser bezahlten Berufen wecken. Trotzdem ist festzuhalten, dass ein großer Teil der Mädchen und jungen Frauen gegenwärtig meist so gut gebildet, selbstbewusst und zielstrebig ist, dass sie ihren Berufswunsch und ihre Karriereperspektive gut verwirklichen können.

Zudem gibt es seit Jahrzehnten Programme, die Mädchen und junge Frauen für sogenannte „Männerberufe“ interessieren wollen, seit einiger Zeit dazu auch Versuche, bei Jungen und jungen Männern sogenannte „Frauenberufe“ in den Blick zu rücken, z.B. im Rahmen des „Girls' Day“ mit dem Aktionsprojekt „Was für Jungs!“. Damit soll bei Jungen das Interesse für die Arbeit in Kindertagesstätten, Grundschulen oder Betreuungseinrichtungen geweckt werden, um ihren beruflichen Horizont zu erweitern. Wir wollen zudem zurückgehenden Interesse und den schwindenden Kenntnissen von Schülerinnen und Schülern im Bereich Naturwissenschaft und Technik entgegenwirken. Erste Maßnahmen waren neuen Rahmenpläne für die Wahlpflichtfächer Natur und Technik und Naturwissenschaft in den integrierten Gesamtschulen sowie des Naturwissenschaftlichen Praktikums im Wahlbereich des Gymnasiums. Die Verstärkung der naturwissenschaftlichen Ausbildung in der Schule ist unser Ziel. Deshalb begrüßen wir auch das im Rahmen der Talentstadt Hamburg durchgeführte Kooperationsprojekt „Kinderforscher“. Mit diesem Projekt schickt Hamburg seine mathematisch, naturwissenschaftlich und technisch begabten Talente der dritten und vierten Klassen auf Entdeckungsreise in die Welt der Naturwissenschaft und Technik.

Für den Arbeitsmarkt trifft Ihre Behauptung einer geschlechterspezifischen Prägung eher zu. Frauen sind in Führungspositionen unterrepräsentiert – aus den verschiedensten Gründen. Zudem muss die Akzeptanz für eine selbstverständliche Gleichzeitigkeit von Berufstätigkeit und Familienphase erhöht werden. Vielfach stoßen Frauen und Männer auf Vorbehalte und Widerstände bei Arbeitgebern und Kollegen, wenn sie etwa nach der Geburt eines Kindes in Elternzeit gehen wollen oder ihre Tätigkeit für einen gewissen Zeitraum in Teilzeit ausüben wollen.

Abgesehen von der demographischen Entwicklung, die bereits jetzt dazu führt, dass in Branchen mit vielen offenen Stellen die gut ausgebildeten Frauen keine Probleme haben, einen Arbeitsplatz zu finden oder aufzusteigen, und die Unternehmen die Notwendigkeit erkennen, ihre Personalentwicklungsplanung auf den absehbaren Mangel an gut ausgebildeten Arbeitskräften auszurichten, sind aus unserer Sicht die wichtigsten Maßnahmen und Ziele für einen geschlechtergerechten Arbeitsmarkt:

- Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Frauen und Männer

- Förderung und Unterstützung von familienfreundlichen Unternehmen (Arbeitszeiten, Telearbeitsplätze etc.)

- Weiterer Ausbau einer verlässlichen und qualitativ hochwertigen Kindertagsbetreuung

- Erweiterung der Rollenbilder, insbesondere unter den (männlichen) Jugendlichen aus sozial benachteiligten Familien (vgl. Ergebnisse der 15. Shell-Jugendstudie)

**SPD:** Wir sehen in der Ausweitung des Berufsspektrums für Mädchen und Frauen und in der Überwindung der geschlechtsspezifischen Spaltung des Ausbildungs- und Arbeitsmarktes einen wichtigen Beitrag zur Verwirklichung der Gleichstellung von Frauen und Männern.

Die Praxis zeigt aber, wie lang der Atem sein muss, wenn man an dieser Frage zu Fortschritten kommen will. Seit vielen Jahren werden von unterschiedlichen Stellen erhebliche – in der Regel aber leider vergebliche – Bemühungen unternommen, das Berufswahlspektrum von Mädchen auszuweiten. Der Ansatz, Mädchen in „typische“ Männerberufe zu integrieren, hatte nicht den erhofften langfristigen Erfolg, weil z.B. auch „typische“ Männerberufe im Bereich Holz und Metall veraltet sind und wenig Zukunft haben. Wichtig ist eine Orientierung von Mädchen in Berufe mit Zukunft: für ihre persönliche Lebensplanung und auch mit Blick auf die wirtschaftlichen Entwicklung Deutschlands. Dabei sind vor allem Berufe im naturwissenschaftlich-technischen Bereich, aber auch im Dienstleistungssektor interessant.

Es bedarf neuer Ansätze, die frühzeitig und vor der eigentlichen Berufswahlphase ansetzen und auch diejenigen mit einbeziehen, die einen großen Einfluss auf das Berufswahlverhalten der Mädchen ausüben: die Eltern. Der „Töchter-Tag“ ist hier ein gutes Beispiel. Informationen über Entwicklungs- und Entfaltungsmöglichkeiten – oder eben auch Einschränkungen – in den einzelnen Berufen und Berufsfeldern sind für die berufliche Orientierung nötig. Hilfreich sind frühe Begegnungen mit den verschiedenen Berufen im Rahmen schulischer Berufspraktika. Wünschenswert wären außerschulische Frauennetzwerke, die einen solchen frühen Ansatz der Berufsvorbereitung und Berufswahl für Mädchen in den Schulen unterstützen.

Sollten wir in die Regierungsverantwortung kommen, werden wir in Zusammenarbeit mit den Sozialpartnern und allen an der Berufsvorbereitung und Berufsbildung Beteiligten Stellen diese Thematik wieder in alle Bemühungen und Maßnahmen integrieren, die sich auf die berufliche Orientierung, Vorbereitung und Ausbildung beziehen.

**GAL:** □ In der Vergangenheit haben wir uns dafür eingesetzt, dass die Frage geschlechtsspezifischer Berufswahl in die Richtlinien für die Berufspraktika der Hamburger Schülerinnen und Schüler aufgenommen wird. Wir haben den Girls' Day eingeführt, aber das ist offenbar alles immer noch zu wenig. Dieses Thema muss noch früher aufgegriffen werden und vor allem durch Vorbilder glaubhaft werden: Es muss Erzieher ebenso geben wie Schulleiterinnen, es muss Grundschullehrer geben, ebenso wie Studienrätinnen. Damit sind wir aber auch schon wieder bei der unterschiedlichen Bezahlung. Eine ungleiche Eingangsbesoldung für LehrerInnen im Bereich der Grund-, Haupt- und Realschulen – wie sie von der CDU in Hamburg erst eingeführt wurde – lehnen wir ab. Zudem haben wir eine Initiative zur Aufwertung für den Beruf des Erziehers bzw. der Erzieherin gestartet. Sie sollen ihre Ausbildung in Zukunft an einer Fachhochschule absolvieren. Ein möglicher Nebeneffekt: Erzieher zu sein, wird für Männer vielleicht interessanter, wenn es mehr als bisher zu verdienen gibt

**FDP:** Die Schulen sollten vermehrt Technisch-Naturwissenschaftliche Profile bilden dürfen. Das Angebot ist so gering, dass zu wenige junge Menschen in den entsprechenden Berufen eine Ausbildung anstreben. Wenn das Schul-Angebot geschaffen würde, werden auch mehr Mädchen, diese Angebote nutzen. Es wird ebenso darum gehen die Berufe, die Frauen eher nachfragen, aufzuwerten und auf diese Weise für beide Geschlechter attraktiv zu machen.

**Die Linke:** Frauenberufe müssen aufgewertet werden. An die Ausbildung einer Erzieherin sollten andere Ansprüche gestellt werden – etwa wie die einer Lehrerin. Einer Arzthelferin – als Beispiel für viele andere ähnlich schlecht bezahlte Berufe – sollten gezielte Weiterbildungsangebote gemacht werden.

Der Girls-Day hat keinen Effekt gehabt. Stattdessen sollten Schulen und Betriebe Kooperationen abschließen, damit Jugendliche frühzeitig die Vielfalt der Berufswelt erleben.

## **6. Kinderbetreuung, Versorgung/Pflege von alten, kranken, behinderten Angehörigen ist auch in Hamburg Frauensache.**

**Bis 2010 sollen nach den Vorgaben der EU 90% aller 3-6-Jährigen und 33% aller unter 3-Jährigen einen Kinderbetreuungsplatz garantiert bekommen.**

•**Wie wollen Sie diese Kinderbetreuung in Hamburg gewährleisten?**

•**Welche Finanzierungskonzepte sehen Sie vor?**

•**Wie wollen Sie dazu beitragen, dass die Vereinbarkeit von Beruf und Familie eine gemeinsame Angelegenheit von Frauen und Männern ist?**

•**Wie wollen Sie insbesondere Alleinerziehende unterstützen?**

•**Wie tragen Sie bei zur Entlastung**

**CDU:** Am 1. August 2006 traten die Rechtsansprüche auf eine bedarfsgerechte Tagesbetreuung gemäß § 6 Absätze 2 und 3 Hamburger Kinderbetreuungsgesetz (KibeG) in Kraft. Jedes Kind bis zum vollendeten 14. Lebensjahr hat in Hamburg bereits einen Anspruch auf Tagesbetreuung in dem zeitlichen Umfang, in dem seine Eltern wegen Berufstätigkeit, Ausbildung oder Teilnahme an einem Deutsch-Sprachkurs die Betreuung nicht selbst übernehmen können.

Außerdem haben Kinder mit dringlichem sozial bedingtem oder pädagogischem Bedarf Anspruch auf Tagesbetreuung, die es erlaubt, diese Kinder bedarfsgerecht zu fördern.

Wir haben in Hamburg zurzeit mit über 21% die beste Bedarfsabdeckung Westdeutschlands in der Kinderbetreuung der 0 bis 3 Jährigen und sind damit dem angestrebten Ziel von 33% schon sehr nahe. Durch die Ausweitung des Rechtsanspruches auf Kinderbetreuung ab 2 Jahren werden wir die Betreuungsquote weiter erhöhen.

**SPD:** Ein von der SPD mit auf den Weg gebrachtes erfolgreiches Volksbegehren hat die CDU zu Verhandlungen mit den Initiatoren über das von der Initiative formulierte „Hamburger Kinderbetreuungsgesetzes“ (KibeG) genötigt. Ein Gesetz, das mittels Gutschein-System Rechtsansprüche beinhaltet, die den Anspruch im Bund sowie die Regelungen in den westdeutschen Ländern übertreffen. SPD und CDU haben das KibeG gemeinsam eingebracht – es wurde zu Beginn dieser 18. LP am 21.04.2004 einstimmig beschlossen.

Das KibeG gibt einen Rechtsanspruch – unabhängig von der Berufstätigkeit der Eltern – von 5 Stunden plus zu bezahlendem Mittagessen (letzteres 13 Euro im Monat) vom vollendeten 3. Lebensjahr bis zum Schuleintritt und übertrifft damit die „4 Stunden ohne Essen“ des Bundes. Außerdem gibt das KibeG einen Anspruch auf Betreuung für jedes Kind von 0 (Null) bis zum vollendeten 14. Lebensjahr in dem zeitlichen Umfang, in dem die Sorgeberechtigten wegen Berufstätigkeit, Ausbildung oder Arbeitsmarktmaßnahmen Betreuung brauchen (auch genannt „Hamburger Garantie“). Zusätzlich haben Kinder mit „dringlichem sozial bedingten oder pädagogischen Bedarf“ Anspruch auf Betreuung „in dem zeitlichen Umfang, der es erlaubt, sie bedarfsgerecht zu fördern“

Als Folge des KibeG liegt die Versorgungsquote im Feld „Elementar“ (hier „3-<6 Jahre“) bei 86,8 Prozent Hier ist zu berücksichtigen, dass es einen Rechtsanspruch gibt, der aber – aus verschiedenen Gründen - nicht von allen wahrgenommen wird.

Bei der Betreuung der unter drei Jahre alten Kinder („Krippe“) hat Hamburg eine Quote von über 21 Prozent und liegt damit an der Spitze aller westdeutschen Bundesländer. Auch dieses ist ein Erfolg des von der SPD mit-initiierten KibeG – dies ist aber kein Anlass, sich auf diesen Zahlen auszuruhen. Die Erhöhung der Zahl der Kinderbetreuungsplätze, auch im Krippenbereich, hat für uns Priorität. Unser Ziel für die nächste Legislaturperiode ist, dass jeder, der einen Platz benötigt, diesen für sein Kind vom vollendeten 1. Lebensjahr an bekommen kann. Bundesweit wird der Rechtsanspruch ab dem vollendeten 1. Lebensjahr ab dem Kindergartenjahr 2013/14 gelten. Dies konnte die Bundes-SPD gegen die CDU durchsetzen. Die Hamburger SPD will hier noch früher vorangehen.

In der Umsetzung des KibeG durch den CDU-Senat gibt es seitens der SPD berechnete Kritik: Der Senat orientiert sich nur an der Berufstätigkeit der Eltern statt gleichrangig am Wohl des Kindes. Die Anerkennung des dringlichen sozialen oder pädagogischen Bedarfes für einen Kita-Platz ist aufwendig und kompliziert. Die Umsetzung des Gesetzes durch den CDU-Senat benachteiligt diejenigen, die Betreuung besonders nötig hätten. Diese negativen Folgen betreffen Stadtteile mit besonderen sozialen Problemen - in denen die Zahl der Ganztagsplätze um über 30 Prozent zurückgegangen ist - und beschleunigen die soziale Spaltung der Stadt.

#### •Welche Finanzierungskonzepte sehen Sie vor?

**CDU:** Seit dem 1. August 2003 werden in Hamburg nicht mehr Kinderbetreuungs-Plätze finanziert, sondern die Eltern erhalten geldwerte Gutscheine, die sie in der Kita einlösen. Da-

mit werden Eltern zu Kunden, und die Finanzierung erfolgt nur für die tatsächlich betreuten Kinder (keine Finanzierung von Leerständen).

Sie bekommen einen Gutschein im Rahmen des Rechtsanspruches: für alle Kinder ab drei Jahren werktäglich fünf Stunden inkl. Mittagessen; bedarfsgerecht erweiterte Gutscheine für 0-14-Jährige zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf bis zu 12 Stunden werktäglich.

Die Finanzierung erfolgt zum ganz überwiegenden Teil (ca. 80%) aus Steuermitteln, die sozial gestaffelten Elternbeiträge machen derzeit knapp 20% der Beträge aus. Da der Rechtsanspruch besteht, wird eine steigende Inanspruchnahme auch dementsprechend durch höhere Haushaltsmittel abgedeckt: so stiegen die Mittel für Kinderbetreuung von 2002 von 296 Mio. Euro auf 377 Millionen in 2007. Die Anzahl der betreuten Kinder in Kitas wurde in dieser Zeit von 49.800 auf 59.100 gesteigert. Der weitere Ausbau der Kindertagesbetreuung insbesondere im Krippenbereich (Bund-Länder-Vereinbarung) wird weitere Beträge im zweistelligen Millionenbereich erfordern.

Eine Veränderung oder Erhöhung der Elternbeiträge ist nicht geplant, so dass für den weiteren Ausbau auch weitere Haushaltsmittel bereitgestellt werden.

**SPD:** Bildung ist unsere wichtigste Ressource. Die SPD will Beitragsfreiheit von der frühen Bildung bis zum Erst-Studium. Der Gebührenwucher des CDU-Senats vom Mittagessen in der Kita, über Vorschulgebühren, Büchergeld und Studiengebühren wird zurückgenommen. Dieses ist eine Aufgabe, die aus dem Hamburger Haushalt zu finanzieren ist. Kosten bzw. Mehrkosten sind übrigens für den CDU-Senat immer dann kein Problem, wenn es um „Leuchtturmprojekte“ oder anderes geht, wie – neben der Elbphilharmonie – den Ausbau der Messe, die Hafen-City-U-Bahn (U 4), die Flughafen-S-Bahn, ausbleibende Spenden für den Jungfernstieg oder Planungskosten für den Domplatz.

**•Wie wollen Sie dazu beitragen, dass die Vereinbarkeit von Beruf und Familie eine gemeinsame Angelegenheit von Frauen und Männern ist?**

**CDU:** Wir unterstützen die faktische Gleichstellung von Männern und Frauen im Beruf auf vielfältige Art und Weise und fördern die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Hierzu gehören beispielsweise:

- die Hamburger „Allianz für Familien“ von Senat, Handelskammer und Handwerkskammer, die das „Hamburger Familiensiegel“ für kleine und mittelständische Unternehmen bis 250 Mitarbeiter vergibt
- der von der Behörde für Soziales und Gesundheit im Juni 2007 veranstaltete Kongress „fit4business“, der insbesondere jüngeren berufstätigen Frauen Wissen und Fähigkeiten für eine erfolgreiche Karriereplanung vermittelt hat
- das Mentoringprogramm „Technik-Duo“ für junge Frauen auf zukunftsorientierten technischen Berufswegen
- die Broschüre „Anruf genügt ... Rat und Hilfe für Frauen“ der BSG, die Informationen für Frauen in allen Lebenslagen enthält
- die Umstellung der Kindertagesbetreuung in Hamburg auf das Kita-Gutschein-System hat die Vereinbarkeit von Familie und Beruf für berufstätige Mütter und Väter entscheidend verbessert. Jeder berufstätige oder in einer Ausbildung stehende Elternteil hat Anspruch auf die Betreuung des Kindes in dem Umfang, wie er aufgrund der Berufstätigkeit oder Ausbildung nötig ist.
- die Förderung der Gründung von Betriebskindergärten.

Zudem geht der von uns geführte Senat beim Thema Vereinbarkeit von Familie und Beruf mit gutem Beispiel voran: die Behörde für Soziales und Gesundheit hat 2005 am Projekt „audit berufundfamilie“ der Hertie-Stiftung teilgenommen und das Grundzertifikat für dieses Managementinstrument zur kontinuierlichen Verbesserung der Personalpolitik erhalten. Es besagt, dass die Behörde für ihre Mitarbeiter familienfreundliche Maßnahmen umsetzt und weiterentwickeln will. Über die bereits bestehenden familienfreundlichen Maßnahmen wie etwa vielfältige Teilzeitarbeit oder Kinder-Notfall-Betreuung hinaus haben Beschäftigte und Behördenleitung als Ziele vereinbart, die Arbeitszeiten noch weiter zu flexibilisieren, die Möglichkeiten des dezentralen Arbeitens zu erweitern, Führungskräfte für die Umsetzung familienbewusster Personalpolitik zu sensibilisieren, die Personalentwicklung von Teilzeitkräften zu fördern sowie Informations- und Qualifizierungsangebote für jene Mitarbeiter zu schaffen, die in Elternzeit sind bzw. Elterngeld erhalten.

**SPD:** Eine Voraussetzung ist ein möglichst umfassender Rechtsanspruch auf eine Kinderbetreuung, die die Arbeitszeiten berücksichtigt – wie mit dem KibeG und seiner „Hamburger Garantie“ von der SPD und Mitstreitern geschaffen – siehe oben. Dazu kommt der ebenfalls von der SPD forcierte Ausbau von Ganztagschulen. Ein weiterer Baustein ist das Elterngeld, dessen gesetzliche Vorgänger von der SPD-geführten Bundesregierung unter Kanzler Schröder eingeführt worden waren. Das Elterngeld erfreut sich weiter steigender Nachfrage – das gilt auch für den Anteil der Männer: Mittlerweile ist fast jeder zehnte Antrag von einem Vater. Die SPD geht hier von weiter steigenden Zahlen aus.

#### •Wie wollen Sie insbesondere Alleinerziehende unterstützen?

**CDU:** Mit den neu eingerichteten 22 Eltern-Kind-Zentren ist ein niedrigschwelliges Angebot geschaffen worden was auch gerade Alleinerziehende durch Kontakte, Beratung, Gespräche und konkrete „erste Hilfen“ unterstützt.

Weitere von uns geförderte Hilfen sind z.B. das „Wellcome-Projekt“ der Evangelischen Familienbildungsstätten zur Unterstützung von Familien nach der Geburt eines Kindes durch ehrenamtliche Helferinnen und Helfer sowie das Projekt „Oma-Hilfsdienst“, in dem Senioren qualifiziert und in Familien vermittelt werden, denen sie bei der Betreuung und Versorgung der Kinder helfen. Auf diese Weise werden nicht nur flexibel und unbürokratisch die Mütter und Väter entlastet, sondern zugleich das Wissen und die Fähigkeiten älterer Menschen genutzt, die auf diese Weise erfahren, dass sie keineswegs zum „alten Eisen“ gehören.

**SPD:** Insbesondere Alleinerziehende profitieren von der „Hamburger Garantie“ des KibeG bzw. von der Ausweitung von allgemeinen Rechtsansprüchen. Gleiches gilt für das Elterngeld, aber auch für die Ausweitung der Ganztagschulen.

#### •Wie tragen Sie bei zur Entlastung von Frauen in Pflegesituationen?

**CDU:** Pflege von Familienangehörigen wird überwiegend von Frauen geleistet. Deshalb kommen unsere Beratungs- und Unterstützungsangebote auch primär Frauen zu gute. Die in dieser Wahlperiode neu aufgelegte Broschüre „Hilfe und Pflege im Alter“ bündelt alle Informationen zur Pflege in der eigenen Wohnung. Sie ist auch im Internet abrufbar (<http://fh->

[h.hamburg.de/stadt/Aktuell/behoerden/soziales-familie/soziales/pflege/veroeffentlichungen/hilfe-und-pflege.html](http://h.hamburg.de/stadt/Aktuell/behoerden/soziales-familie/soziales/pflege/veroeffentlichungen/hilfe-und-pflege.html)).

Pflegende Angehörige benötigen aber auch Auszeiten, um sich regenerieren zu können. Deshalb fördern wir die Tages- und Kurzzeitpflege. Seit 2001 konnte die Platzzahl in der Tagespflege von 212 auf 289 erhöht werden. Etwa die doppelte Zahl von pflegebedürftigen Menschen nutzt diese Plätze. Die Einrichtungen der Kurzzeitpflege fördern wir seit 2006 in verstärktem Maß. Ebenso können alternative Wohnformen die Belastung pflegender Anhöriger im Vergleich zur herkömmlichen Pflege zu Hause verringern. Wir fördern die Koordinierungsstelle für Wohn-Pflegegemeinschaften der Stattbau Hamburg GmbH, die pflegebedürftigen Senioren bzw. Angehörigen oder Betreuern Beratung und Unterstützung beim Aufbau von Wohngemeinschaften bietet und freie Wohnplätze in Hamburg vermittelt. Auch für die zunehmende Zahl von Demenzkranken verstärken wir das Angebot an alternativen Wohnformen: bisher gibt es 5 Wohngemeinschaften für Demenzkranke. Mit dem Leitfaden „Ambulant betreute Wohngemeinschaften für Menschen mit Demenz“ fördern wir einen weiteren Ausbau von Dementen-Wohngemeinschaften.

**SPD:** Gerade vor dem Hintergrund der hohen Belastung von Frauen in der Pflege von Angehörigen hatte die Bundesgesundheitsministerin, Ulla Schmidt, für die Einführung von zehn bezahlten Pflegetagen gekämpft. Die CDU hat diesen Ansatz verhindert. Die Pflegereform sieht vor, die Sätze in der ambulanten Pflege schrittweise zu erhöhen. Demenzkranke erhalten höhere Leistungen. Heime sollen in Zukunft häufiger kontrolliert, die entsprechenden Prüfberichte im Internet veröffentlicht werden. Zudem sollen in ganz Deutschland Stellen geschaffen werden, in denen Pflegebegleiter die Pflegebedürftigen und deren Angehörige beraten. Wir sind sicher: die überwiegende Mehrzahl der Menschen will auch den bezahlten Pflegeurlaub von zehn Tagen.

**GAL:** □ Die GAL will diese Ziele (EU-Vorgaben bis 2010) mit der Einführung eines Rechtsanspruches auf ganztägige Betreuung ab dem vollendeten ersten Lebensjahr erreichen. Der Rechtsanspruch soll nicht an die Berufstätigkeit der Eltern geknüpft sein. Gleichzeitig wollen wir die Ganztagsbetreuung für die 3- bis 6-Jährigen ausbauen und die Qualität der Bildungsangebote verbessern.

□ Der bundesweite Rechtsanspruch auf Betreuung ab dem 1. Lebensjahr soll durch die Umwandlung des Ehegattensplittings in eine Individualbesteuerung mit übertragbarem Höchstbetrag vom 10.000,- Euro gegenfinanziert werden. Hamburg entstünden dadurch steuerliche Mehreinnahmen von rund 100 Millionen Euro, die in den Ausbau der Krippenplätze, der Ganztagesbetreuung und die Verbesserung der Qualität fließen sollen.

□ Mit dem Ausbau von Betreuungsplätzen und flexiblen Betreuungszeiten will die GAL dazu beitragen, dass sowohl Frauen als auch Männer Beruf und Kindererziehung miteinander vereinbaren können. Wir wollen insbesondere Frauen eine schnellere Rückkehr in den Beruf ermöglichen. Die Betreuungsinfrastruktur muss aber um eine Zeit- und Lebensphasenpolitik ergänzt werden, die es beiden Elternteilen gleichermaßen ermöglicht, sich in der Familie zu engagieren. Dazu gehören vor allem flexible und individuelle Arbeitszeitmodelle, für die sich die GAL einsetzt.

□ Neben den Maßnahmen zur Verbesserung der Betreuungs- und Bildungssituation von Kindern und der Schaffung von Arbeitsplätzen in strukturschwachen Quartieren halten wir Teilleistungsleistungen für einen guten Ansatz, um Alleinerziehenden Zugang zum Arbeitsmarkt zu

eröffnen.

□ Wie auch bei der Kinderbetreuung – ist leider immer noch der Bärenanteil der Pflegearbeit weiblich. Wenn die Eltern, Großeltern Unterstützung brauchen oder der Pflegefall in der Familie eintritt, sind es meistens die Frauen, die diese Arbeit leisten, teilweise sogar bis zur Selbstaufgabe und teils mit Ausstieg aus ihrem Job. Um dieses zu verändern, müssen die Voraussetzungen für die Organisation zur professionellen und langfristigen Pflege verbessert werden. In der neuen Pflegereform wurde beschlossen, dass ArbeitnehmerInnen kurzfristig Anspruch auf zehn Tage Freistellung haben, langfristig auf bis zu sechs Monate, doch dies unbezahlt. Eine Freistellung können sich nur Besserverdienende leisten, die anderen reiben sich weiter zwischen Haushalt, Kindern, Job, Pflege und schlechtem Gewissen auf. Wer aber sechs Monate aus dem Job geht, riskiert als Frau einen kompletten Ausstieg aus dem Beruf. Darum fordern wir eine Pflegezeit von drei Monaten, um eine ausreichende und angemessene Pflege organisieren zu können. In dieser Zeit sollen die Beschäftigten aber eine steuerfinanzierte Lohnersatzleistung von bis zu 1.000 € pro Monat erhalten. Wer zu Hause eine/n Angehörige/n rund um die Uhr pflegt, braucht weiter reichende Unterstützung und mehr Erleichterungen als z.B. 14 Tage Urlaub im Jahr. Ambulante Pflege muss höher honoriert werden, damit die Pflegenden öfter auf Tagespflegeaufenthalte und andere professionelle Hilfen zurückgreifen können.

**FDP:** Die FDP schließt sich den Vorgaben für Kinderbetreuungsplätze an und plädiert dafür, nicht nur in Betreuungseinrichtungen, sondern in Frühkindliche Bildung zu investieren. Jeder Euro am Anfang investiert bringt 3-4 Euro Gewinn. Das gesamte Bildungswesen muss in die Eigenständigkeit überführt, Strukturen vereinfacht und effizienter gestaltet werden. Wir geben heute viel Geld für wenig Bildungsleistung aus. Wir müssen dringend die Qualität der Einrichtung steigern.

Je höher die Qualität der Bildungseinrichtungen ist, desto leichter wird die Situation für Eltern, ihrer Berufstätigkeit nachgehen zu können. Ein gutes Ganztagesangebot mit flexiblen Öffnungszeiten entlastet Familien und Alleinerziehenden gleichermaßen.

**Die Linke:** - Jedem Kind muss ein Kitaplatz zur Verfügung gestellt werden. Es gibt jede Menge Möglichkeiten, das Geld in Hamburg anders auszugeben, als es derzeit geschieht. Ein paar Beispiele: Würden nur etwa 100 BetriebsprüferInnen von der Stadt Hamburg eingestellt werden, könnten zusätzlich Einnahmen realisiert werden, die die Finanzierung ermöglichen. Könnten Frauen angemessen arbeiten, würden sie auch Sozialabgaben zahlen. Wer nicht erwerbslos ist, kostet dem Staat zudem kein Geld. Würde die Vermögens- und Einkommenssteuer anders geregelt, gäbe es zusätzliche Beträge in Millionenhöhe, mit denen ausreichend Kitaplätze geschaffen werden können.

- Das Elterngeld ist ein Schritt in die richtige Richtung. Jeder zehnte Vater nimmt derzeit die Vätermonate, einige sogar mehr. Letztendlich liegt es aber an der ungleichen Bezahlung von Frauen und Männern, dass der Besserverdienende arbeiten geht. Daher schließt sich der Kreis erst, wenn gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit gezahlt wird und der gesetzliche Mindestlohn Realität geworden ist.

- Alleinerziehende sind besonderen Nachteilen ausgesetzt. Auch Einelternfamilien sind Familien. Dies wird in der Gesellschaft noch nicht ausreichend akzeptiert. Nötig wären besonders deswegen eine Flexibilisierung der Kinderbetreuung, am Familienleben orientierte Arbeitszeiten, um die Vereinbarung von Familie und Beruf zu ermöglichen, eine eigenständige finanzielle Grundsicherung der Kinder, eine angemessene Anerkennung der Erziehungsleistung im Steuer- und Rentensystem, die Beseitigung der durch die

Kindererziehung entstehenden Benachteiligungen, eine Familienpolitik, die staatliches Handeln an die Entwicklungsbedürfnisse von Kindern ausrichtet. Wir möchten besonders hier mit den anderen Parteien in der Bürgerschaft gemeinsame Konzepte entwickeln und auf die Erfahrungen und Forderungen der Interessenverbände, zum Beispiel dem Verband allein erziehender Mütter und Väter, zurückgreifen.

- Frauen, die ältere Familienangehörige pflegen, benötigen gleiche Freistellungszeiten wie Mütter/Väter bei der Betreuung ihrer Kinder. Es müssen aber auch bessere Voraussetzungen geschaffen werden, dass Menschen, die sich nicht mehr alleine versorgen können, qualifiziert betreut werden. Der Ausbau von Pflegeeinrichtungen ist unumgänglich, zudem bedarf es strengerer Kontrollen, dass in Pflegeheimen eine würdevolle Betreuung gewährleistet wird.

## **7. Vorurteile und Stereotypen prägen die Geschlechterverhältnisse in Öffentlichkeit, Medien und Gesellschaft.**

**•Wie wollen Sie das z.T. immer noch traditionelle Bild der Frau und das Geschlechterbild Mädchen/Jungen in Schul- und Kinderbüchern sowie Medien ändern?**

**•Wie kann ein Fach „Medienerziehung“ in der Schule eingeführt werden?**

**CDU:** Die gesellschaftliche Tradition, anhand von Rollen- und Geschlechterbildern Identität und Orientierung zu schaffen und zu vermitteln, ist nicht per se als falsch oder schädlich anzusehen und eine notwendige Voraussetzung für ein gelingendes Aufwachsen von Kindern. Dort jedoch, wo aufgrund von eng gefassten geschlechterspezifischen Zuschreibungen und gesellschaftlich akzeptierten oder nicht akzeptierten Verhaltensweisen Frauen und Männer in ihren Entfaltungsmöglichkeiten eingeschränkt oder schlicht unterdrückt werden, ist es richtig, massiv gegen eine stereotype Darstellung und Verbreitung von Geschlechterbildern vorzugehen. Dies ist im Rahmen der Pressefreiheit und unserer freiheitlich demokratischen Grundordnung für die Medien nur dann von Staats wegen möglich, wenn durch eine Darstellung die Grundrechte von Frauen und/oder Männern verletzt werden. Ansonsten sind hier die mündigen und medienkompetenten Bürgerinnen und Bürger sowie Lehrerinnen und Lehrer aufgefordert, nur solcher Bücher und Medien zu nutzen oder zu erwerben, in denen bei der Darstellung von Frauen und Männern und ihrer Positionen in der Gesellschaft ein möglichst vielfältiges Spektrum von gesellschaftlichen Rollenbildern gezeigt wird.

In den neuen Lehrplänen aller Schulstufen sind im Sach- und Sozialkundebereich bereits verbindliche ausführliche Unterrichtseinheiten zur geschlechtergerechten Verteilung der gesellschaftlichen Aufgaben vorgesehen, die eine stereotype Rollenaufteilung verhindern sollen.

Die Einführung eines Schulfaches „Medienerziehung“ in Hamburg halten wir nicht für erforderlich. Wie andere Bildungs- und Erziehungsaufgaben (z.B. Umwelterziehung, Verkehrserziehung) wird Medienerziehung fächerübergreifend unterrichtet und kann unter Berücksichtigung der fachbezogenen Lernziele und Unterrichtsmethoden auch jahrgangs- und schulformübergreifend unterrichtet werden (vgl. § 5 Hamburgisches Schulgesetz).

**SPD:** Als eines der wichtigsten Medien im Unterricht haben Schulbücher großen Einfluss auf die Identifikationsmöglichkeiten von Schülerinnen und Schülern und sind in Bezug auf die Geschlechtererziehung von wesentlicher Bedeutung.

Daher ist es wichtig, dass Rollenstereotype durch die im Unterricht verwendeten Lehrbücher nicht befördert und verfestigt werden. Wir werden uns dafür einsetzen, dass bei der Zulassung von Schulbüchern für Hamburger Schulen auf die Gleichstellung der Geschlechter geachtet wird und dass die Geschlechterdarstellung frei ist von Stereotypen, Vorurteilen und Diskriminierungen.

Kinder und Jugendliche wachsen heute in einer stark von Medien geprägten Welt auf. Neben Zeitungen und Zeitschriften, Büchern, Film und Fernsehen, Hörfunk sowie Bild- und Tonträgern üben die neuen Medien (wie die Mikroelektronik) großen Einfluss auf das Erleben und die Urteilskraft der Kinder und Jugendlichen aus. Die zunehmende Vermischung von Fiktion und Dokumentation, Inszenierung und Wirklichkeit kann für Kinder und Jugendliche neue Wahrnehmungsweisen ermöglichen, aber auch die Wahrnehmung von Realität erschweren.

Zudem schafft der Auf- und Ausbau von Computernetzen erweiterte Verfügbarkeiten und Zugriffsmöglichkeiten.

Gerade in der von Informationstechnologien und Medien geprägten Welt bleibt es ein vorrangiges Anliegen, Schülerinnen und Schüler zur Mündigkeit zu erziehen. Daher ist die Entwicklung einer umfassenden Medienkompetenz eine bildungspolitische und -praktische Aufgabe.

Medienkompetenz bedeutet hierbei das Vermögen und die Fähigkeit des Einzelnen,

- Medien zu handhaben, um sich immer wieder neue Qualifikationen selbstständig aneignen zu können,
- sich in der Medienwelt zurechtzufinden und sich selbstbestimmt und verantwortungsvoll darin zu bewegen,
- Medieninhalte aufzunehmen, zu verarbeiten, zu verstehen, sie angemessen einzuschätzen und schließlich
- gestalterisch in den Medienprozess einzugreifen.

Medienkompetenz meint also aktives Sehen, effektives Nutzen und kreatives Gestalten von Medien.

Im Gegensatz zu Ihnen wollen wir jedoch kein Fach Medienerziehung schaffen. Die oben beschriebenen Kompetenzen müssen vielmehr fächerübergreifend vermittelt werden. Das bedeutet, dass die Schwerpunktthemen der Medienerziehung in gemeinsamen Unterrichtsvorhaben aus der spezifischen Sichtweise verschiedener Fächer und der anderen Aufgabengebiete behandelt werden müssen.

Das Aufgabengebiet Medienerziehung umfasst in Hamburg bereits alle Schulformen und alle Schulstufen. Medienerziehung in der Grundschule sowie in der Sekundarstufe I soll konstruktiv, fächerübergreifend und projektorientiert angelegt werden. Die in der Grundschule erworbenen Kenntnisse über Medien und die erworbenen Fähigkeiten und Fertigkeiten sind auf den Sekundarstufen I und II systematisch zu erweitern und zu vertiefen.

Natürlich bedarf es einer ständigen Kontrolle, ob die Medienerziehung auch ausreichend im Unterricht stattfindet. Falls dies nicht geschieht, muss selbstverständlich gegengesteuert werden.

**GAL:** □ Grundsätzlich ist festzustellen, dass sich die klassischen Schulbücher auf dem Rückzug befinden. Sie werden häufiger ersetzt durch aktuell zusammengesetzte Materialien, wie Übungshefte oder kopierte Arbeitblätter. Die Bildungspläne setzen hierfür den Rahmen. Die Landesfrauenrat Hamburg e.V. Seite 23 09.12.2007  
Grindelallee 43, 20146 Hamburg

Vermittlung eines traditionellen Frauenbildes ist dabei nicht vorgesehen und findet im schulischen Alltag sicherlich auch immer weniger statt. Dennoch ist auch heute noch in Kita und Schule zu beobachten, dass die klassische Übernahme von sozialen Rollen – hier die Mädchen mit den Puppen dort die Jungs mit dem Roller – das dominierende Bild ist.

Eine wichtige Aufgabe kommt dabei den PädagogInnen in Kita und Schulen zu. Sie müssen die Fähigkeit, die Entwicklung der Geschlechterrollen im Alltag kritisch zu reflektieren, zum Gegenstand von Unterricht und Entwicklung machen. Sie sind es auch, die maßgeblich darüber entscheiden, mit welchen Materialien die SchülerInnen arbeiten werden. Politisch sind diese Prozesse nur mittelbar zu steuern. Einmal bei der Ausbildung von ErzieherInnen und LehrerInnen – dann bei der Gestaltung der Bildungspläne. In beiden Bereichen hat sich die GAL in den letzten Jahren engagiert.

□ Einer Einführung eines Faches „Medienerziehung“ stehen wir skeptisch gegenüber – auch weil wir meinen, dass das Organisieren von Unterricht in „Fächer“ der Vergangenheit angehört. Moderne Medien gehören – unter Berücksichtigung des jeweiligen Alters und der Entwicklung der Kinder als Querschnittsaufgabe in die Schule. Wir halten es für sinnvoll, wenn der kritische und selbstbestimmte Umgang etwa mit dem PC oder die Einbeziehung beispielsweise des Internet in die Lernprozesse zum festen Bestandteil eines Methodenkurrikulums einer Schule wird – dies gilt auch für die Grundschulen. In Bezug auf Kinderbücher scheint uns eher eine Entscheidung der Eltern und ggf. ErzieherInnen nötig, welche Bücher bzw. Medien den Kinder zugänglich sind.

**FDP:** Bei den Schulbüchern hat sich schon viel geändert. Natürlich gibt es hier und da noch Verbesserungsbedarf.

Änderungen der traditionellen Bilder sind immer durch gute Vorbilder möglich. Vorbilder, die auch schon heute in den Schulen existieren und die in die Schulen geholt werden.

Der Umgang mit Medien wird heute schon in der Grundschule geübt. Medienerziehung findet in der Schule schon heute statt.

**Die Linke:** - Bereits im Kleinkindalter werden die Rollen „weiblich/männlich“ erlernt und geprägt. Kita und Schule haben die Aufgabe, Mädchen und Jungen ein gleichberechtigtes Rollenverständnis zu vermitteln und Klischees aufzubrechen. Es kann sinnvoll sein, bestimmte Schulfächer vorübergehend getrennt zu unterrichten, zum Beispiel bei den Naturwissenschaften oder beim Sport. Beim Sexualkundeunterricht wird dieses Prinzip seit langem berücksichtigt. Schulbücher müssen daraufhin überprüft werden, inwieweit sie Klischees weiter vertiefen. Ein Spanischschulbuch, das in einer Lektion das Thema „Küche“ behandelt, sollte nicht gerade eine Hausfrau mit Schürze abbilden. Geschichtsbücher müssen selbstverständlich Kapitel über bedeutsame Frauen beinhalten und nicht nur Napoleon, Bismarck und Kaiser Nero. Wie wäre es mit Hatschepsut, Cleopatra oder Clara Zetkin? Die Geschichte der Frauenbewegung gehört als selbstverständlicher Teil in den Lehrplan.

- Als Journalistin und Mutter zweier Kinder ist mir das Thema Medienerziehung besonders wichtig. Medienerziehung ist eine Querschnittsaufgabe. Alle Lehrkräfte sollten qualifiziert werden, Medien im Unterricht einzusetzen. SchülerInnenzeitungen können richtige Projekte sein, um ein Ethikbild zu entwickeln, das für die Nutzung von Medien immer wichtiger wird. Wir müssen weg davon, dass Menschen aus einer Schlüssellochperspektive heraus die Welt betrachten, sondern sich aktiv einmischen und wissen, wie eine Nachricht oder eine Fernsehsendung entsteht. In Fächern wie Deutsch, Gemeinschaftskunde oder Ethik/Religion kann das Thema Medien gesondert behandelt werden, zum Beispiel anhand der Princess of

Wales, die von Fotografen zu Tode gehetzt wurde oder die Geißelnahme in Bremen vor einigen Jahren, bei der Journalisten direkt den Entführer interviewten. (ein aktuelleres Beispiel wäre natürlich sinnvoller, da Kinder und Jugendliche einen konkreten Bezug haben sollten.) Ein anderes, gut geeignetes Thema wäre der Öffentlich-Rechtliche Rundfunk, zum Beispiel mit dem Besuch bei der Tagesschau. Ich würde es unterstützen, wenn das Lesen einer Tageszeitung gefördert würde. Täglich könnten sich SchülerInnen darüber unterhalten, was Sie in der Zeitung gelesen haben. Projekte – zum Beispiel die verschiedenen Ausrichtungen der Zeitungen kennen zu lernen – würde eine kritische Haltung zum Medienkonsum fördern.

**8. In vielen Ländern gibt es Frauenministerien, Gleichstellungskommissionen und /oder andere Einrichtungen, um zu Frauenförderung und Gender Mainstreaming beizutragen.**

- **Wie können in Hamburg nach Abschaffung des Senatsamtes für die Gleichstellung Frauenförderung und Gender Mainstreaming besser umgesetzt werden?**
- **Sind Sie für eine Frauensenatorin oder Frauenkommission oder Frauenbeauftragte des Hamburger Senats?**

**CDU:** Mit der Auflösung des Senatsamtes für die Gleichstellung wurden die von diesem wahrgenommenen Aufgaben auf die Behörde für Soziales und Gesundheit, Fachabteilung Familie und Gleichstellung, sowie auf das Personalamt übertragen. Eine Umstellung auf Frauen-„Funktionen“ halten wir nicht für sinnvoll. Das Ziel einer tatsächlichen Gleichberechtigung von Frauen und Männern kann am besten durch die Verankerung entsprechender Maßnahmen in den Regelstrukturen erreicht werden.

Gender Mainstreaming wurde nicht primär vom Senatsamt für die Gleichstellung umgesetzt, sondern ist ein Auftrag an alle gesellschaftlichen Institutionen. Wir haben das Thema aufgegriffen und diskutieren es zurzeit in den Ausschüssen der Bürgerschaft anhand der Frage, wie Gender Budgeting im Hamburger Haushalt berücksichtigt werden kann.

**SPD:** Um die Gleichstellung der Geschlechter wirksam zu fördern brauchen wir ein zentrales Amt für Gleichstellung, das die staatlichen Maßnahmen der verschiedenen Politikbereiche im Sinne des Gender Mainstreaming koordiniert und begleitet. Wir werden daher ein zentrales Amt für Gleichstellung und das Amt einer Frauen- und Gleichstellungssenatorin einrichten.

**GAL:**  Wir fordern eine Stabsstelle Gendermainstreaming in der Senatskanzlei.

Nach wie vor muss es eine/n für Gleichstellung zuständige/n SenatorIn geben.

**FDP:** Gleichberechtigung schafft man nicht durch mehr Bürokratie, sondern durch mehr Einsatz und Engagement. Frauen müssen sich in den Parteien für ihre eigenen Rechte einsetzen. Unsere Demokratie hält allen engagierten Frauen die Wege offen. Es ist an uns, Frauen aufzufordern, sich mehr einzusetzen.

**Die Linke:** - Die Stelle einer Gleichstellungsbeauftragten muss wieder eingeführt werden – und zwar unabhängig von Senat und Bürgerschaft.  
- Eine Frauensenatorin würden wir begrüßen. Es ist nicht hinnehmbar, dass Frauenpolitik nur im Senatsressort „Familie“ angesiedelt ist. Frauenpolitik ist zwar einerseits auch eine Querschnittsaufgabe, allerdings werden frauenspezifische Interessen in der Regel nicht berücksichtigt – wie die Realität und auch Ihre vielen, berechtigten Fragen zu den Bürgerschaftswahlen zeigen.

## **9. Das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz fordert Schiedsstellen.**

**•Werden Sie sich für eine Hamburger Schiedsstelle einsetzen, ggf. unter welchen Bedingungen?**

**CDU:** Nein. Das AGG sieht keine Schieds- bzw. Antidiskriminierungsstellen in den Bundesländern, sondern eine Antidiskriminierungsstelle auf Bundesebene vor. Diese existiert bereits und arbeitet erfolgreich. In Hamburg gibt es Informationsangebote entsprechend der Vorschriften des AGG (z.B. die Ansprechpartner in Betrieben und Dienststellen) und für Zuwanderer (z.B. beim Verein basis & woge e.V.).

**SPD:** Für die Durchsetzung der Gleichstellung von Frauen in den Betrieben hat das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG) wichtige, neue Möglichkeiten eröffnet. Jüngstes Beispiel: die Klage eines Hamburger Betriebsrates auf gleiche Bezahlung von Männern und Frauen im Unternehmen. Weil bislang die Arbeit der im Lager tätigen Mitarbeiter je nach Geschlecht nach unterschiedlichen Tarifverträgen vergütet wurde, führte dies dazu, dass Frauen bei gleicher Tätigkeit bis zu 300 Euro monatlich weniger verdienten als Männer. Diesen Zustand hat der Betriebsrat nun durch seine Klage, dem ein Vergleich mit dem Arbeitgeber folgte, korrigiert. Das Gleichbehandlungsgesetz selbst führt in Hamburg jedoch ein Schattendasein. Der CDU-Senat verschweigt dieses Thema – was nicht verwundert – denn der CDU-Senat trug im Bundesrat erheblich zu Initiativen bei, die dieses wichtige gesellschaftliche Vorhaben verwässern sollten. Wer so agiert, verharmlost gesellschaftliche Diskriminierungen, anstatt sie aktiv zu bekämpfen. Es ist auch in Hamburg an der Zeit, mit den Inhalten des Gesetzes in die Offensive zu gehen.

Das garantierte Recht auf Nichtdiskriminierung in allen gesellschaftlichen Bereichen bedarf einer aktiven Informationspolitik und einer direkten Anlaufstelle, an die sich Betroffene aber auch Vereine und Verbände wenden können. Diese Arbeit kann nicht von einer zentralen Bundesstelle allein geleistet werden. Eine Hamburger Landesstelle für Antidiskriminierung kann vor Ort Schutz vor Diskriminierung durch Beratung und Unterstützung sowohl für Institutionen und Verbände als auch für einzelne Betroffene bieten, Öffentlichkeits- und Bildungsarbeit leisten, Ursachen von Diskriminierung erforschen und zur Erarbeitung von Präventionsstrategien beitragen. Vor Einrichtung einer Landesstelle ist zu entscheiden, ob diese in privater oder öffentlicher Trägerschaft geschaffen werden soll. Klar ist: Sie muss institutionell und finanziell hinreichend abgesichert werden. Sollten wir in die Regierungsverantwortung treten, werden wir eine Hamburger Landesstelle für Antidiskriminierung einrichten. Einen entsprechenden Antrag hat die SPD-Bürgerschaftsfraktion erarbeitet und eingebracht.

**GAL:** Ja.

**FDP:** Die FDP ist eine rechtsstaatliche Partei. Wenn ein Gesetz auf demokratischem Weg beschlossen wurde, sorgen wir auch für die entsprechende Umsetzung.

**Die Linke:** Das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz muss konsequent umgesetzt werden. Es bedarf in Hamburg einer städtischen Antidiskriminierungsstelle, die mit Organisationen zusammenarbeitet, die zu verschiedenen Diskriminierungsmerkmalen aktiv sind – zum Beispiel Behinderten-, SeniorInnen und Lesben/Schwulenorganisationen sowie dem DGB. Die Hamburger Antidiskriminierungsstelle sollte sich aus Personen zusammensetzen, die die Hamburger Gesellschaft repräsentieren sowie ExpertInnen in Benachteiligungsfragen.

### **10. Gewalt gegen Frauen ist in Hamburg Alltag.**

•**Wie werden Sie gegen häusliche Gewalt, sexualisierte Gewalt, aber auch gegen Genitalverstümmelung und Frauenhandel angehen?**

•**Welche Maßnahmen planen Sie, um Gewalt in den Geschlechterbeziehungen zu überwinden und insbesondere um Zwangsprostitution und Frauenhandel zu bekämpfen?**

•**Wie gehen Sie mit der Realität von Zwangsverheiratung um?**

**CDU:** Wir haben folgende Maßnahmen für einen konsequenten Schutz von Frauen, Männern und Kindern vor Gewalt bereits umgesetzt und werden sie in den nächsten Jahren auch fortführen:

Der Landesaktionsplan Opferschutz stellt die Opfer häuslicher Gewalt, die oft auch sexualisierte Gewalt ist, in den Mittelpunkt.

Polizeiliche Maßnahmen: Hierzu gehören Platzverweise für Täter, Wegweisung aus der gemeinsamen Wohnung, Aufenthaltsverbot und Ingewahrsamnahme nach dem Hamb-SOG.

Strafrechtliche Maßnahmen: Dazu zählen die Maßnahmen und Initiativen im Bereich Stalking und Täter-Opfer-Ausgleich. Eine zentrale Rolle bei der Betreuung und Beratung der Opfer kommt der Zeugenbetreuung zu, die seit Juni 2006 organisatorisch dem Landgericht Hamburg zugeordnet ist.

Hilfen für Personen mit Migrationshintergrund: die Partizipation dieser Gruppe an dem bestehenden Hilfesystem haben wir durch die Einrichtung zweier interkultureller Beratungsstellen, die auf die Beratung von Frauen, Männer und Kinder mit Migrationshintergrund und Gewalterfahrungen spezialisiert sind, verbessert.

Hilfe für Opfer von Menschenhandel: Menschenhandel muss durch eine konsequente Strafverfolgung geahndet werden. Die Förderung der Koordinierungsstelle gegen Frauenhandel (KOOFRA) haben wir weiter abgesichert und ab 2008 insbesondere zur Verbesserung der Öffentlichkeitsarbeit erhöht.

Hilfe im Gesundheitsbereich: Ärztinnen und Ärzte müssen Opfer von körperlicher, sexueller und psychischer Gewalt erkennen und adäquat behandeln können. Einen besonderen Stellenwert hat im Rahmen der Beweissicherung die Dokumentation der Verletzungen von Gewaltopfern. Für die rechtsmedizinische Untersuchungsstelle am UKE haben wir einen Zuschuss in Höhe von 60.000 Euro dauerhaft abgesichert. Damit können sich Gewaltopfer in Hamburg zu Zwecken der Beweissicherung weiterhin

kostenlos rechtsmedizinisch begutachten lassen und erhalten die Gutachten zur freien Verfügung, ohne dass es einer Strafanzeige bedarf.

Die Opferschutz-Hotline nimmt Anrufe von Opfern häuslicher Gewalt entgegen, die sich in seelischer und psychischer Not befinden. Die Hotline ist besonders in den Abendstunden und am Wochenende erreichbar, wenn andere Beratungsstellen nicht besetzt sind.

Die Förderung für den Notruf für vergewaltigte Frauen und Mädchen haben wir 205.000 Euro erhöht.

Die Opferhilfe e.V. erhält ab 2008 einen erhöhten Zuschuss von insgesamt 230.000 Euro.

Die Förderung der Interventionsstelle zur Bekämpfung häuslicher Gewalt wird fortgesetzt. Sie ist ein gelungenes Bindeglied zwischen Polizei und Sozialarbeit. Die Polizei gibt bei Fällen von häuslicher Gewalt die Adresse der zumeist weiblichen Opfer mit deren Zustimmung an die Interventionsstelle weiter. Die Interventionsstelle nimmt wiederum Kontakt mit den Opfern auf und berät diese über ihre Handlungsmöglichkeiten auch nach dem Gewaltschutzgesetz.

Die adäquate Versorgung von Kindern in Frauenhäusern, die mit ihren Müttern zusammen in den Frauenhäusern untergebracht sind, haben wir weiter abgesichert. Diese Kinder sind von häuslicher Gewalt unmittelbar oder mittelbar betroffen, indem sie die Gewalt gegen ihre Mütter miterlebt haben. Den Hamburger Frauenhäusern stehen zusätzlich rund 300.000 Euro aus Jugendhilfemitteln für die Arbeit mit Mädchen und Jungen im Frauenhaus zur Verfügung.

Hilfen für von Gewalt mittelbar betroffene Kinder und Jugendliche: Kinder, die häusliche Gewalt erlebt haben, bedürfen der besonderen Fürsorge. Alle an der Intervention beteiligten Professionen und Einrichtungen sollen die Bedürfnisse der Betroffenen beachten und daran mitwirken, Kindern und Jugendlichen rasche und kompetente Unterstützung sowie ggf. weitergehende Hilfen anzubieten.

Gewaltprävention: Wirksame Gewaltprävention muss frühzeitig ansetzen. Bereits im Kindergarten und in der Schule sind geeignete Maßnahmen zu ergreifen, Kindern und Jugendlichen gewaltfreie Konfliktlösungsstrategien zu vermitteln. Deshalb gibt es die Beratungsstelle für Gewaltprävention, die Schulen beim Umgang mit Gewalt unterstützt.

Zusätzlich haben wir ein Maßnahmenpaket auf den Weg gebracht, mit dem Hamburgs Bürgerinnen und Bürger noch effektiver als bisher vor Sexual- sowie Gewaltstraftätern geschützt werden: Kernstück ist ein Konzept („SURE“, Sicherheits- und Risikomanagement für Entlassene), mit dem etwa 250 Sexual- und Gewaltstraftäter mit ungünstiger Sozialprognose im Rahmen der Führungsaufsicht besonders intensiv betreut und kontrolliert werden. Besonders qualifizierte Bewährungshelfer sollen speziell für den Umgang mit diesem hochproblematischen Kreis von Probanden eingesetzt werden. Gleichzeitig werden die laufenden Programme der forensischen Ambulanzen zur Nachbetreuung von Verurteilten im Universitätsklinikum Eppendorf (UKE) und in der Asklepios-Klinik Nord auf eine neue, erweiterte Grundlage gestellt. Zudem wird mit § 122 des Hamburgischen Strafvollzugsgesetzes ab dem 1. Januar 2008 die Grundlage für eine zentrale Risikostraffäterdatei geschaffen, die dann eingerichtet wird. Vorgesehen ist, im Rahmen des SURE-Konzeptes zum 1. April 2008 im Bereich der Bewährungshilfe 6 zusätzliche Stellen, im Bereich der Führungsaufsichtsstelle 2,5 weitere Stellen zu schaffen. Wir wollen den Beschluss über diese zusätzlichen Stellen noch in dieser Legislaturperiode fassen.

Weibliche Genitalverstümmelung ist besonders schreckliche Form der Gewalt an Frauen. Aufgrund von bekannt gewordenen Einzelfällen ist davon auszugehen, dass sie für hier le-

bende aus Schwarzafrika und von der arabischen Halbinsel stammende Mädchen eine Bedrohung sein kann. Deswegen unterstützen wir die Öffentlichkeitsarbeit und Information für Multiplikatoren wie Migrantenorganisationen, Beratungsstellen und die Fachleute aus Gesundheitswesen, Polizei und Justiz, zuletzt mit einer von der Behörde für Soziales und Gesundheit veranstalteten Fachkonferenz am 23.11.2007.

**SPD:** Hamburg war immer Vorreiter in der Bekämpfung von Beziehungsgewalt. Das ist Verpflichtung für jeden Hamburger Senat!

Die SPD wird immer auf der Seite der Opfer von Gewalt stehen und konstruktive an der Prävention und Eindämmung der verschiedenen Formen der Gewalt gegen Frauen mitwirken.

Mit den so genannten „Ehrenmorden“ und der Zwangsverheiratung überwiegend junger Frauen aus Migrantenfamilien hat die Gewalt gegen Frauen Ausprägungen bekommen, die nicht mehr hinzunehmen sind. Gewalt drückt sich auch im Phänomen des zunehmenden Stalking, d.h. der gezielten Belästigung und Bedrohung durch Verfolgung und dem Eindringen ins Lebensumfeld aus. Hier werden wir den Schutz der Betroffenen ausweiten. In unserer Stadt findet in erheblichem Ausmaß Frauenhandel und Zwangsprostitution statt. Das können wir in einer menschlichen Gesellschaft nicht hinnehmen. Wir werden mit polizeilich verstärkten Maßnahmen diese Entwicklung eindämmen und beenden.

Die SPD hat sich lange dafür eingesetzt, dass die Bedrohung des Lebens, der Freiheit oder der körperlichen Unversehrtheit, die allein an das Geschlecht geknüpft ist, als Abschiebungshindernis nach §60 Aufenthaltsgesetz zählt. In der Neuregelung des Asylverfahrens durch das Zuwanderungsgesetz wurde deshalb ausdrücklich aufgenommen, dass bei Gefahr von Genitalverstümmelung, Ehrenmorden, Zwangsverheiratung, häuslicher Gewalt und Mitgiftsmorden eine Flüchtlingsanerkennung zu gewähren ist. Hier sind Frauen und Mädchen, aber oft auch Männer und Knaben von Gewalt bedroht. Sie müssen geschützt werden.

### **Häusliche Gewalt und sexualisierte Gewalt**

Als eines der letzten wichtigen Vorhaben gegen Ende der 16. Legislaturperiode hatte der SPD-Senat im Sommer 2001 das „Gesetz zum Schutz der öffentlichen Sicherheit und Ordnung (SOG)“ so reformiert, dass

- prügelnde Männer aus der gemeinsamen Wohnung gewiesen werden können und
- ein befristetes Betretungsverbot von 20 Tagen ausgesprochen werden kann,
- innerhalb dessen die Opfer von Gewalt eine zivilrechtliche Klage nach dem Gewaltschutzgesetz einreichen können,
- um die bisher gemeinsame Wohnung zugewiesen zu bekommen.

Seit dem muss sich nicht mehr das Opfer in ein Frauenhaus retten, sondern: der Täter muss gehen! Gewalttaten im häuslichen Bereich werden seit dem besser polizeilich dokumentiert, Verletzungen werden „gerichtsfest“ dokumentiert. Die Polizei erstattet unabhängig vom Opfer Strafanzeige und hat wirksame Handlungsanweisungen für Fälle häuslicher Gewalt entwickelt, die auch auf besondere Bedingungen eingehen. Z.B. Sind Kinder betroffen? Ist eines der Opfer nicht-deutscher Herkunft? Die Kommunikation wird sicher gestellt, auch wenn eine der betroffenen Personen Gehörlos ist oder auch anderen Gründen Kommunikationsprobleme auftreten. Diese Änderungen des SOG haben allgemein Beifall gefunden, auch weil dadurch das Bundesgewaltschutzgesetz auf Landesebene wirksam ergänzt werden konnte. Inzwischen wurde die Gewaltberatung in Hamburg ausgebaut, dies findet unsere Zustimmung.

Allerdings sind wir der Meinung, dass die finanzielle Ausstattung des Opferschutzes in Hamburg verbessert werden muss.

Deshalb fordern wir eine zusätzliche Unterstützung der Opferhilfe aus der Abschöpfung von Verbrechen Gewinnen: Werden Straftäter verurteilt, fallen die Vermögenswerte, die sie kriminell erworben haben (ob Immobilien oder Luxusautos), dem Staat zu. Für die Stadt bedeutet dies jährlich Einnahmen in Millionenhöhe; daraus soll das Grundkapital einer neu zu gründenden Opferstiftung gebildet werden.

Es gab bei Einigen die Erwartung, dass nach Etablierung der Wegweisung von Gewalttätern aus der gemeinsamen Wohnung der Bedarf an Plätzen in den Frauenhäusern schnell sinken würde. Dieser Auffassung haben die SPD Hamburg und die SPD-Bürgerschaftsfraktion widersprochen! Durch die große Öffentlichkeit, die der Schutz von Frauen und Kindern vor häuslicher Gewalt erhielt, wurden mehr Frauen ermutigt, sich so gegen Gewalt zu wehren, und leider ist die Gewalt in vielen Fällen schon so weit eskaliert, dass die Wegweisung des Gewalttäters nicht genügt, um einen tatsächlichen Schutz der Opfer sicher zu stellen.

So lange die Hamburger Frauenhäuser ausgelastet sind, gibt es überhaupt keinen Anlass über eine Reduzierung der Platzkapazitäten nachzudenken. Jede Frau (und ihre Kinder), die darauf angewiesen sind, müssen in einem Hamburger Frauenhaus Schutz finden.

### **Stalking**

Stalking wird als eine andere Form der Gewalt, vor allem gegen Frauen noch all zu oft nicht ernst genug genommen. Die Folgen des Stalking für die Opfer werden oft unterschätzt. Im staatlichen Instrumentarium gegen diese Straftäter sehen wir Regelungslücken! Ein Kontaktverbot kann nur greifen, wenn es auch durchgesetzt wird. Der Staat muss sich entschlossener vor die Opfer von Stalking stellen und gleichzeitig konsequenter gegen die Täter vorgehen.

Deshalb hat die SPD-Bürgerschaftsfraktion schon bei der Novellierung des Polizeirechts im Sommer 2005 eine Gesetzesinitiative eingebracht, die das Kontaktverbot auch im Hamburgischen Polizeigesetz verankern sollte. Wäre dies umgesetzt worden, könnte der Täter heute im Falle eines Verstoßes sofort in Gewahrsam genommen werden.

### **Weibliche Genitalverstümmelung**

Weibliche Genitalverstümmelung ist eine schwere Körperverletzung und Kindesmisshandlung! Bisher gibt es in Deutschland keine spezialgesetzliche Regelung, so wie beispielsweise in Dänemark, den Niederlanden, Finnland, Frankreich oder Großbritannien. Im Einwanderungsland Deutschland leben gefährdete Mädchen und Frauen, die aus Ländern kommen, in denen Genitalverstümmelung praktiziert wird. Ihre Anzahl wird – je nach Quelle – auf 5.000 bis 20.000 Mädchen und Frauen geschätzt.

Die SPD setzt sich dafür ein, weibliche Genitalverstümmelung als eigenen Tatbestand ins Strafgesetzbuch aufzunehmen.

### **Frauenhandel und Zwangsprostitution**

Frauenhandel ist eine klare Verletzung von Menschenrechten und muss bekämpft werden! Zu diesem Zweck hat der damalige SPD-Senat 1999 das „Koordinierungszentrum zur psychosozialen Betreuung von Frauen“, die Opfer von Frauenhandel sind, eingerichtet

(KOOFRA). Seit dem wird den betroffenen ausländischen Frauen in Hamburg eine umfassende Unterstützung angeboten. Zwischen KOOFRA und der Polizei Hamburg wurde eine Vereinbarung getroffen, die ein enges Zusammenwirken sicherstellt. Damit wird den Frauen, die in Hamburg Opfer von Menschenhandel wurden, eine Betreuung zuteil, die es ihnen ermöglicht, ohne Druck oder Einflussnahme aus dem gewaltsamen Umfeld über das weitere Vorgehen (Zeugenaussage, Lösung aus dem Milieu, Rückkehr in das Heimatland) zu entscheiden. Ohne dieses Betreuungsangebot wären viele der betroffenen Frauen nicht in der Lage, sich aus ihrem bisherigen Umfeld und somit von den Tätern zu lösen. KOOFRA wird von der Polizei hinzugezogen, wenn die Polizei potentielle Opfer von Menschenhandel bzw. Zwangsprostitution in Gewahrsam nimmt. Der CDU-Senat hat diesen Weg im Wesentlichen fortgesetzt.

Nach Einschätzungen der in Deutschland im Prostitutionsbereich tätigen Hilfsorganisationen sind heute von den 400.000 Personen, die der Prostitution als Haupt- oder Teilzeittätigkeit nachgehen, 60 Prozent Migrantinnen. Davon machen Mittel- und Osteuropäerinnen mit ca. 50 Prozent aller Migrantinnen den größten Anteil aus. Der Anteil von Asiatinnen wird auf 20 Prozent geschätzt, der von Lateinamerikanerinnen liegt bei 15 Prozent, Afrikanerinnen stellen 10 Prozent der Migrantinnen, und restliche Europäerinnen 5 Prozent. Die meisten Frauen kommen nach übereinstimmender Aussage der verschiedenen Hilfsorganisationen aus ökonomischen Gründen nach Deutschland. Das Problem ist, dass migrierte Prostituierte, auch wenn sie – wie die neuen EU-Bürgerinnen – einen legalen Status haben, meist nicht oder nur sehr schlecht deutsch sprechen und damit leicht von dritten Personen abhängig sind.

Der beste Weg, Frauen vor Frauenhandel und Zwangsprostitution zu schützen ist, ihnen und ihren Kindern in ihren Heimatländern eine Perspektive zu geben.

Ein, wie in Hamburg, gut ausgebautes Hilfesystem kann nur die beste der schlechten Lösungen sein.

### **Zwangsverheiratung**

Die Verheiratung von Mädchen und Frauen gegen ihren erklärten Willen bzw. in arrangierter Form durch den moralischen, religiösen oder gesellschaftlichen Druck ist ein wachsendes Problem, das die SPD sehr ernst nimmt. Die Druckmittel des familiären Umfelds reichen von psychischem und sozialem Druck wie emotionaler Erpressung über Einsperren, Entführung, physischer und sexueller Gewalt bis zu drastischen Fällen von Tötungsdelikten, sog. Ehrenmorden. Zwangsheirat ist eine Menschenrechtsverletzung. Aufgabe des Staates ist es, die Einhaltung der Menschenrechte zu gewährleisten.

Vielen betroffenen Frauen und Mädchen ist gar nicht bewusst, dass sie sich mit Hilfe des Rechtsstaates gegen dieses Unrecht wehren können. Entscheidend ist, den Opfern und Tätern zu verdeutlichen, dass Zwangsverheiratung nicht religiös vorbestimmt oder legitimiert ist. Neben dem klaren staatlichen Bekenntnis zum Unrechtsgehalt der Zwangsverheiratung ist auch die Aufklärungs- und Informationsarbeit notwendig, denn insbesondere die Mütter der betroffenen Mädchen und jungen Frauen – zumeist selbst Opfer der Zwangsverheiratung – sind oftmals die entscheidenden Unterstützerinnen einer Zwangsverheiratung.

Deshalb hat die SPD-Bürgerschaftsfraktion 2006 einen Antrag (Drs. 18/2405) an die Hamburgische Bürgerschaft entwickelt – dem sich die CDU anschloss – um die Situation in Hamburg umfangreich aufzuarbeiten und ein Handlungskonzept gegen Zwangsheirat zu entwickeln. Der Senat wurde beispielsweise gebeten, die notwendigen und sinnvollen Maßnahmen mit Verbänden, Migrantenhilfsorganisationen, religiösen Gemeinschaften, dem Bund

und den Bezirken zu beraten und abzustimmen. Inzwischen hat der Senat dieses Ersuchen mit der Vorstellung des Handlungskonzeptes „Zwangsheirat ächten – Zwangsehen vorbeugen“ beantwortet (Drs. 18/6435). Die Behörde für Soziales und Familie hat im Sommer 2007 neben anderen Maßnahmen eine interkulturelle Beratungsstelle mit niedrigschwelligem Zugang für von häuslicher Gewalt und Zwangsheirat betroffene Migrantinnen und Migranten eingerichtet.

**GAL:** □ Hamburg verfügt seit einigen Jahren über funktionierende Instrumente zum Schutz von Opfern häuslicher Gewalt, Zwangsprostitution und Frauenhandel, sexualisierter Gewalt und neuerdings auch für Opfer von Zwangsverheiratungen. Der überparteiliche fachliche Konsens darüber wird inzwischen unter der CDU-Regierung fortgesetzt, wenn auch zu anderen finanziellen Bedingungen. Es fehlt den Frauenhäusern an Geld für psychologische Beratung und Nachbetreuung. Hier muss nachgesteuert werden. Vor allem fehlt es aber an flächendeckendem Konzept zur Prävention von Gewalt gegen Frauen. Das muss zügig intensiv angegangen werden. Außerdem setzen wir uns für einen Opferfonds ein, um Opfern schnell unbürokratisch und schnell Hilfen zukommen lassen zu können.

□ Zwangsheirat ist eine Menschenrechtsverletzung und muss als solche deutlich geächtet werden. MigrantInnen und deren Kinder sind häufiger durch häusliche Gewalt, „Ehrenmorde“ und Zwangsverheiratungen bedroht als der Rest der Bevölkerung. Dies sind Themen, die uns GRÜNE als Menschenrechtspartei im Spannungsfeld zwischen Familien-, Frauen- und Migrationspolitik besonders herausfordern. Wir wollen mit unseren Gesprächspartnern der muslimischen Verbände und Gemeinden alltagstaugliche Handlungskonzepte entwickeln, die – ohne zu stigmatisieren – den betroffenen Menschen helfen. Darüber hinaus fehlt ein abgestimmtes flächendeckendes Gewaltpräventionskonzept, das hilft, Gewalt gegen Frauen, Kinder und Minderheiten wirksam zu begegnen.

**FDP:** Die FDP lehnt Gewalt grundsätzlich ab. Gewaltopfern muss geholfen werden, der Rechtsweg muss endlich auch ausgeschöpft werden. Die FDP prangert schon seit Jahren das Vollzugsdefizit an.

**Die Linke:** - Gewalt ist männlich, Gewalt wird gegen Frauen als Machtinstrument eingesetzt. Wir werden uns für Gewaltprävention einsetzen, für spezielle Antigewalttrainings für Männer. Männer, die gegen ihre Frauen gewalttätig wurden, müssen von ihnen ferngehalten werden. Aber nicht nur sie bedürfen dann einer psychologischen Anleitung, sondern auch die Frauen, die durch Gewalterfahrungen traumatisiert sind und sich Gewalt seit Jahren „gefallen lassen“. Wir setzen uns aber auch dafür ein, dass die Anonymität in Wohngebieten aufgebrochen wird und Nachbarn wieder mehr Kontakt zu einander finden. Wo man sich kennt, leben Frauen geschützter.

## **11. Bis heute ist die Integration von Migrantinnen nur unvollkommen gelungen.**

**•Welche Konzepte sehen Sie für die Integration der unterschiedlichen Migrantengenerationen vor?**

**CDU:** Die Situation zugewanderter Familien stellt sich wie bei deutschen Familien sehr heterogen dar. Das Spektrum reicht von gut ausgebildeten Frauen und Männern hin zu sozial  
Landesfrauenrat Hamburg e.V. Seite 32 09.12.2007  
Grindelallee 43, 20146 Hamburg

schwachen Familien mit niedrigem Bildungsstand. Viele Familien sind integriert und benötigen keine Integrationsangebote. Es gibt Familien, in denen beide Partner berufstätig sind, Familien, in denen die Frau ihren Lebensmittelpunkt in der Familie sieht, und Familien, in denen die Frau abgeschieden in der Familie lebt und kaum Kontakte zum gesellschaftlichen Umfeld hat. Maßnahmen müssen sich deshalb auf diejenigen Familien konzentrieren, die bislang keinen Zugang zur hiesigen Gesellschaft gefunden haben und deren Teilhabe am gesellschaftlichen Leben gering ist. Damit kann es gelingen, der insbesondere für Frauen und Mädchen aus Zuwandererfamilien so wichtigen Gleichberechtigung der Geschlechter zu einer größeren Akzeptanz und zu besserer Durchsetzung auch in Zuwanderermilieus zu verhelfen.

Wir vertreten folgende, in unserem „Konzept zur Integration von Zuwanderern“ festgelegten Handlungsansätze, die grundsätzlich Mädchen und Jungen wie Frauen und Männern zugute kommen, gleichzeitig aber auch auf die spezifischen Lebensbedingungen von Frau und Mädchen aus Zuwandererfamilien ausgerichtet sind

#### 1. für Mädchen

Handlungsansätze für eine bessere soziale Integration:

Die bestehenden Angebote zur Förderung und Integration von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund werden fortgesetzt. Darüber hinaus wird geprüft, ob das Angebot in den Stadtteilen bedarfsgerecht ist.

Die Akteure im Bereich der Kinder- und Jugendarbeit, insbesondere aber die Bereiche Jugendarbeit und Schule, werden stärker miteinander vernetzt.

Der Bildungsauftrag der Kinder- und Jugendarbeit wird gestärkt.

Interkulturelle Begegnungen werden gefördert.

Es wird geprüft, mehr Menschen mit Migrationshintergrund in der Kinder- und Jugendarbeit einzusetzen, auch auf ehrenamtlicher Basis.

Es werden Maßnahmen entwickelt, um verstärkt Eltern mit Migrationshintergrund zu gewinnen und in die Kinder- und Jugendarbeit einzubeziehen. Gerade Eltern, aber auch ältere Jugendliche mit besonderen Kompetenzen sollen aktiviert und zur Mitarbeit motiviert werden.

Kindern und Jugendlichen wird vermittelt, dass ihre Kultur wertgeschätzt wird und dass sie ihre kulturspezifischen Kompetenzen einbringen und weiterentwickeln können.

Die BBS prüft Möglichkeiten, gezielt Jugendliche mit Migrationshintergrund in die Maßnahmen der allgemeinen und politischen Bildung zu integrieren.

Wir setzen uns für einen Islamunterricht in deutscher Sprache an den Schulen ein, damit das Frauenbild des moslemischen Kulturkreises deutlicher an die bei uns geltenden gesellschaftlichen und im Grundgesetz verankerten Anforderungen angepasst werden kann.

Darüber hinaus gibt es umfangreiche Handlungsansätze für eine bessere Integration in den Bereichen Sprache, Bildung, Ausbildung, Beruf, Gesundheit sowie den verschiedenen Bereichen des großen Themas Zusammenleben in der Stadt.

Konkrete Maßnahmen sind unter anderem:

- a) der Aktionsplan des Ersten Bürgermeisters mit Agentur für Arbeit Hamburg, team.arbeit.hamburg, Handelskammer und Handwerkskammer zur Integration junger Migrantinnen und Migranten in Arbeit und Ausbildung von April 2006, mit dem innerhalb zwei Jahren 1.000 junge Migrantinnen und Migranten innerhalb von zwei Jahren zusätzlich in Arbeit und Ausbildung zu integriert werden sollen. Der Zwischenstand von

April 2007: bereits zu diesem Zeitpunkt wurde die Zielzahl von 1000 zusätzlichen Arbeits- und Ausbildungsplätzen erreicht.

- b) die Initiative, bei Einstellungen von Nachwuchskräften in der Hamburgischen Verwaltung den Anteil von Migrantinnen und Migranten von 5,8 % (2006) auf 20 % (2011) zu erhöhen

## 2. für Frauen in der Familienphase

Das familienunterstützende Hausbesuchsprogramm „Hippy“ wird fortgesetzt und so weit wie möglich ausgebaut.

Maßnahmen zur Förderung der Integration von Familien mit Migrationshintergrund werden eng mit Maßnahmen in anderen Handlungsfeldern vernetzt (z.B. mit schulischen Angeboten, mit Angeboten der Jugendarbeit, Verbindung von Sprachkursen mit Informationen über verschiedene Themen).

Darüber hinaus wird in Kooperation mit Migrantenorganisationen geprüft, welche Maßnahmen zur besseren Teilhabe von Familien mit Migrationshintergrund am gesellschaftlichen Leben ergriffen werden können, z.B. durch den Einsatz von Menschen mit Migrationshintergrund als Kulturmittler, durch niedrigschwellige, mehrsprachige Beratung, die Vermittlung von Informationen, Sprachförderung sowie die Durchführung von Veranstaltungen in Kindertageseinrichtungen und anderen Orten der Begegnung in den Stadtteilen oder die Verbesserung der Öffentlichkeitsarbeit in Zusammenarbeit mit den Medien.

Es wird geprüft, durch welche Maßnahmen die gleichberechtigte Teilhabe insbesondere von Frauen und Töchtern verbessert werden kann, z.B. durch Hilfestellungen zur zukunftsorientierten Lebensplanung, durch den Ausbau von Familienhebammenprojekten und bessere Informationen über das Familienrecht.

Zur Bekämpfung von Zwangsheiraten ist ein Handlungskonzept aufgelegt worden, das aus dem EU-Projekt Daphne „Aktiv gegen Zwangsheirat“ kofinanziert wird.

## 3. für Seniorinnen

Die Kurse „Älterwerden in Deutschland“ werden fortgesetzt und nach der Erprobungsphase zu einem Standardangebot ausgebaut. Sie schaffen konkrete Kontaktsituationen und ermöglichen ein persönliches Kennenlernen von Angeboten und Einrichtungen vor Ort.

Die Qualifikation von Pflegekräften in Bezug auf Anforderungen älterer Menschen mit Migrationshintergrund wird durch die Aufnahme der interkulturellen Pflege in die Altenpflegeausbildung verbessert. Darüber hinaus wird eine interkulturelle Fort- und Weiterbildung angeboten.

Einrichtungen der Altenpflege sollen verstärkt sensibilisiert werden, Pflegepersonal mit Migrationshintergrund einzustellen.

Der Bedarf an speziellen Angeboten in der stationären Pflege oder im Betreuten Wohnen wird gemeinsam mit Zuwandererorganisationen, Religionsgemeinschaften und Pflegeeinrichtungen geprüft. Dies entspricht der Rahmenplanung der pflegerischen Versorgungsstruktur bis 2010, die erstmals die Zielgruppe der älteren Zuwanderer berücksichtigt. Bei Bedarf wird ein Konzept entwickelt und ein Pilotprojekt gestartet.

Darüber hinaus sollen verstärkt Menschen mit Migrationshintergrund für die Mitarbeit in Seniorentreffs gewonnen und die Vernetzung von Angeboten im Stadtteil unter Einbeziehung der Familienbildungsstätten sowie Glaubens- und Religionsgemeinschaften verbessert werden.

Als Möglichkeiten, der Isolation allein lebender älterer Menschen sowohl mit als auch ohne Migrationshintergrund zu begegnen, sollen Projekte mit aufsuchenden Angeboten oder telefonischen Kontaktaufnahmen entwickelt werden.

**SPD:** Deutschland ist seit über 50 Jahren ein Einwanderungsland und muss diese Einwanderung auch politisch steuern. Viel Zeit ist ungenutzt verstrichen und macht heute neben einer Integrationspolitik für Neuzuwanderinnen und Neuzuwanderer er auch eine aufholende Integrationspolitik notwendig. Viele Zuwanderinnen und Zuwanderer sind in dieser Zeit ihren Weg selbst gegangen, haben Familie, Freunde und Bekannte und auch gute Jobs gefunden oder haben sich selbstständig gemacht. Für sie ist eine besondere Integrationspolitik nicht notwendig. Sie partizipieren an den allgemeinen Entwicklungen unserer Gesellschaft.

In Hamburg leben laut Mikrozensus rund 466.120 (26,81Prozent) Menschen mit Migrationshintergrund. Davon sind 218.700 Deutsche, deren Familie eine Zuwanderungsgeschichte haben, und 247.420 Ausländer. Bei den 6 bis 18jährigen ist es fast jeder zweite. Gleichzeitig findet in den letzten Jahren kaum noch Zuwanderung nach Hamburg statt. Die höchste Bilanz ergibt sich durch Familienzusammenführung. Für das Jahr 2006 wurden in den deutschen Botschaften 2898 Visa-Anträge für Hamburg gestellt.

Auch mit Blick auf ein gleichberechtigtes Rollenverständnis zwischen den Geschlechtern verläuft die Integration der verschiedenen Gruppen von Migrantinnen und Migranten sehr unterschiedlich, oft abhängig davon, wie sehr die Gesellschaftsstruktur und die Rolle der Frau der Herkunftsgesellschaft der aufnehmenden Deutschen Gesellschaft ähnelt oder nicht. Also, aus welcher sozialen Schicht eine Familie stammt, welchen Bildungshintergrund sie haben, welche Rollenzuschreibungen traditionell existieren etc. Im ersten Schritt hängt das Gelingen der Integration vor allem davon ab, wie gut die sprachliche Integration glückt. In eher traditionell organisierten Zuwandererfamilien verläuft die Integration der Kinder weitgehend über die Mütter. Sie müssen in die Sprachförderung an zentraler Stelle eingebunden sein.

- Deshalb unterstützen wir neben den etablierten „Integrationskursen“ auch Müttersprachkurse an Kitas und Schulen und Sprachförderprogramme wie „HIPPY“, die sich nicht nur an die Kinder richten, sondern gezielt die Mütter einbinden.
- Neben den speziellen Beratungsstellen für Migrantinnen muss die Aufgabenstellung der gesellschaftlichen Integration von Migrantinnen in allen Beratungsstellen verankert sein, egal, ob sie sich an Kinder- und Familie oder die berufliche Integration wenden.
- Die Kompetenz interkulturell zu beraten, muss gefördert werden, am besten, indem die Selbstorganisation und Beratungskompetenz innerhalb der verschiedenen Gruppen von Migrantinnen und Migranten gestärkt und entwickelt wird. Dafür muss die Stadt Hamburg ihren Dialog mit den verschiedenen Gruppen und den Austausch unter und innerhalb dieser Gruppen verstärken.
- Integration braucht Vorbilder! Eine Integration, die auch ein verändertes und gleichberechtigtes Geschlechterverhältnis anstrebt, braucht neue Vorbilder für Jungen und Mädchen, für Männer und Frauen. Deshalb fordern wir mehr, Erzieherinnen und Erzieher, mehr Lehrerinnen und Lehrer und mehr Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter mit Migrationshintergrund und unterstützen Initiativen, die über positive Vorbilder wirken.

Erfreulich ist, dass die schulische Integration von Mädchen mit Migrationshintergrund offenbar Fortschritte macht, so wie es die Bildungsforschung der vergangenen Jahre immer wieder belegt hat. Die Kehrseite ist, dass die schulische Integration der Jungen zunehmend misslingt und viele Jungen anschließend Ausbildungslos bleiben! Trotz höherer Bildungsan-

schlüsse bleiben – aus anderen Gründen – aber auch viele Mädchen mit Migrationshintergrund ohne Ausbildung.

Wir brauchen eine neue Jungenarbeit, die die sozialen Kompetenzen der Jungen und ihre schulische Bildung fördert und bessere Hilfestellungen beim Übergang von der Schule in den Beruf für Jungen und Mädchen mit Migrationshintergrund, die auf den Abbau der sehr unterschiedlichen Hürden abzielt.

**GAL:** □ Wir legen großen Wert darauf, speziell Angebote für Migrantinnen auszubauen, da diese sich in der Situation befinden, dass sie es in unserer Gesellschaft doppelt schwer haben: als Frauen sowie als Migrantinnen. Bei Angeboten für die erste Migrantinnengeneration gilt es dabei, eine begleitende Betreuung zu gewährleisten, die Übersetzung und muttersprachliche Angebote umfasst. So beispielsweise im Gesundheitsbereich: die Einstellung von mehrsprachigem Pflegepersonal und Informationsmaterialien in verschiedenen Sprachen sind uns ein Anliegen. Zudem gilt es, für diese Migrantinnengeneration interreligiöse und interkulturelle Wohnprojekte und Einrichtungen zum Austausch zu schaffen, um ältere Migrantinnen vor der Isolation zu bewahren. Ein Ansatz, der stärker auf Bildung und Weiterbildung, aber auch gesellschaftliche Teilhabe zielt, muss bei der 2. und 3. Generation von Migrantinnen verfolgt werden. Das grüne Bildungskonzept „9 macht klug“, das auf individuelle Förderung und die Abschaffung von Selektionsmechanismen setzt, schafft hier unserer Auffassung nach bessere Startchancen für junge Migrantinnen und Migranten von Anfang an. Im speziellen Bezug auf Bildung und gesellschaftliche Teilhabe von Müttern mit Migrationshintergrund machen wir uns zudem für frühkindliche Kinderbetreuung nach Vorbild englischer „Earl-excellence-center“ stark, in denen eine Betreuung der Kinder bei gleichzeitiger Einbindung und Fortbildung der Eltern geschieht. Wir setzen uns dafür ein, dass strukturelle Diskriminierungen beim Zugang zum Arbeitsmarkt abgebaut und Angebote berufsspezifischer Sprachkurse ausgebaut werden. Zudem gilt es, die Anerkennung im Ausland erworbener Qualifikationen zu verbessern, wofür wir eine zentrale Beratungsstelle und Stipendienprogramme für Anpassungsqualifikationslehrgänge fordern.

**FDP:** Die FDP setzt sich für die Priorität 1 für die Frühkindliche Bildung in KITAS und Grundschulen ein. Am Anfang kann Förderung, Integration und der Ausgleich sozialer Probleme erfolgreich gelingen. Generell liegt der Schlüssel für eine gelungene Integration in einer besseren Bildung, daher sind diese Angebote zu verstärken. Die FDP setzt sich darüber hinaus für eine Unterstützung der existierenden Integrationsangebote ein, möchte einen Senatsbeauftragten Integration einstellen und setzt auf die gute Zusammenarbeit mit den entsprechenden Vereinen und Verbänden.

**Die Linke:** - In Hamburg hat jede/r vierte EinwohnerIn einen Migrationshintergrund. Es gibt Ausgrenzungen hauptsächlich aufgrund sozialer Unterschiede. Die bisherigen Konzepte grenzen Flüchtlinge aus und machen keine konkreten Zusagen zur Umsetzung der von den MigrantInnen und den sie unterstützenden Institutionen und Organisationen. Die auf dem Integrationskongress in 2006 gestellten Forderungen wurde nur vage in „Handlungsansätzen“ aufgenommen. Ich möchte nur zwei von vielen unserer Forderungen erwähnen: Die Muttersprache eines Menschen gehört in den Unterricht. Es bedarf der Anerkennung einer doppelten Staatsbürgerschaft. Wir haben auf die vorderen Plätze unserer Landesliste eine Frau und einen Mann mit Migrationshintergrund gewählt, Frau Zaman Masudi (7) und Herrn Mehmet Yildiz (6). Wir werden nach dem 24. Februar in der Bürgerschaft eine aktive Migrationspolitik vom Senat einfordern und Vorschläge einbringen. Flüchtlingen gilt unsere

besondere Aufmerksamkeit: Es darf keine Familientrennungen geben, niemand darf Angst vor Abschiebung haben. Wir fordern unter anderem die Verbesserung von so genannten Integrationskursen durch Senkung der Kursfrequenzen, Erhöhung der Unterrichtsstunden und eine soziale Absicherung der DozentInnen. Die besondere Situation von Frauen wird durch uns künftig ihre spezifische Berücksichtigung finden, weil Frauen mit Migrationshintergrund doppelt diskriminiert werden.

## **12. Die älter werdende Gesellschaft hat immer mehr ältere Frauen.**

**•Welche Verbesserungen haben Sie zur Bekämpfung der Altersarmut?**

**•Wie fördern Sie insbesondere das aktive Altern der Frauen?**

**CDU:** Die beste Vorsorge gegen Altersarmut von Frauen ist eine gute Berufsausbildung und eine möglichst große wirtschaftliche Unabhängigkeit. Dank der bundesgesetzlichen Grundversicherung ist zu dem die verschämte Altersarmut deutlich zurückgegangen. Trotzdem halten wir es für wichtig, Frauen über ihre Rechte aufzuklären und ihnen die Informationen zugänglich zu machen. In Hamburg gibt es diverse Ratgeber und Anlaufstellen für alle Lebensbereiche für sie.

Ebenso haben wir erkannt, dass die Lebensphase nach dem aktiven Erwerbsleben für Hamburger Senioren voller Chancen und Möglichkeiten ist. Deshalb fördern wir ein aktives Leben in der Mitte der Gesellschaft für Senioren, unter anderem mit

- Orientierungskursen für Senioren (Freiwilligenzentrum, Seniorenbüros) für Möglichkeiten zum ehrenamtlichen Engagement
- dem Bundesprogramm SeniorTrainer, die Gruppen und Vereine beraten und hierfür geschult werden
- der Unterstützung des Seniorenbüros als zentralem Anlaufpunkt zur Engagementberatung. Zahlreiche Aktivitäten haben sich aus dem Seniorenbüro heraus entwickelt (u.a. die Zeitzeugenbörse)
- Aktivitäten im Rahmen der Initiative „Hamburg engagiert sich“ (Freiwilligenbörsen, Kurse)
- dem Ratgeber „Aktiv im Alter“, „Hilfe und Pflege im Alter“ und der Förderung des Aufbaus eines Seniorenportals bei [www.hamburg.de](http://www.hamburg.de)

Diese Aktivitäten wollen wir fortsetzen und möglichst ausbauen.

**SPD:** Das größte Armutsrisiko haben Frauen mit geringen eigenen Erwerbszeiten, vor allem dann, wenn sie viele Jahre auf eine Versorgungsehe gebaut haben, die zerbricht und später in der Rentenphase die insgesamt und gemeinsam erworbenen Rentenanwartschaften nicht zum Unterhalt von zwei Haushalten ausreichen. Die großen Unterschiede der von Frauen im Osten und Westen Deutschlands durchschnittlich erworbenen Rentenansprüche machen dies überdeutlich. Ein weiterer Faktor ist die nach wie vor ungleiche und ungerechte Entlohnung der Arbeit von Männern und Frauen, also die Eingruppierung der „typischerweise“ von Männern und Frauen ausgeführten Arbeiten. Auch die verbreitete Beschäftigung von Frauen im Niedriglohnsektor ist ein Teil des Problems. Arbeit muss so bezahlt werden, dass ein Mensch davon leben kann. Der Lohn für eine Vollzeitarbeit muss reichen für eine anständige Wohnung, für einen Urlaub, etc. Die starke Ausweitung des Niedriglohnsektors führt viele Menschen in die Notsituation, trotz Vollzeitarbeit ergänzende staatliche Hilfen zum Lebensunterhalt beantragen zu müssen. Rentenanwartschaften entstehen dann nur im geringen

Landesfrauenrat Hamburg e.V. Seite 37 09.12.2007  
Grindelallee 43, 20146 Hamburg

Maß. Hier breitet sich unkontrolliert eine nicht gewollte Form des „Kombi-Lohns“ aus, die den Leistungen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nicht gerecht wird, den Sozialstaat finanziell belastet und zugleich Arbeitgeber finanziell besser stellt. Es ist überhaupt nicht hinzunehmen, dass in Zeiten des konjunkturellen Aufschwungs, die Früchte dieses Erfolges an den Beschäftigten im so genannten „Niedriglohnbereich“ völlig vorbei gehen.

- Deswegen streitet die SPD Hamburg für die Einführung eines generellen Mindestlohns.
- Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf muss verbessert werden, damit Frauen bessere Bedingungen haben, ausreichend eigene Rentenanwartschaften zu erarbeiten.
- Typische „Ausfallzeiten“, die fast nur Frauen treffen, wie Kindererziehung in den ersten Lebensjahren der Kinder, Teilzeitbeschäftigten aufgrund von Familienarbeit etc. müssen einen angemessenen Niederschlag in der Rentenberechnung finden, so wie es in den vergangenen Jahren gesetzlich geregelt wurde.
- Das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG) hat wichtige, neue Möglichkeiten eröffnet, eine gerechte und gleiche Entlohnung von Männer und Frauen durchzusetzen.
- Darüber hinaus bewahrt die von der SPD-geführten Bundesregierung und Kanzler Schröder eingeführte „Grundsicherung im Alter“ Frauen und Männer in der Rentenphase davor, der Sozialhilfe anheim zu fallen.

#### •Wie fördern Sie insbesondere das aktive Altern der Frauen?

**SPD:** Frauen sind häufig auch im Alter aktiver und kommunikativer als Männer. Sie bestreiten einen großen Teil der Freiwilligendienste im sozialen und kulturellen Bereich. Viele planen die lange Phase zwischen dem Austritt aus der Erwerbsarbeit und dem hohen Alter sehr bewusst und gezielt. Oft halten und knüpfen sie neue soziale Kontakte leichter als Männer und vereinsamen seltener. Aufgabe des Staates ist es, dem Bedürfnis nach Aktivität gerecht zu werden, indem er genügend Angebote bereit hält, sich zu engagieren und diese Angebote in eine übersichtliche Struktur zu bringen.

Daneben sorgt auch der demographische Wandel Schritt für Schritt dafür, dass sich kommerzielle Bildungs-, Freizeit- und Reiseangebote der Zielgruppe der „älteren Frauen und Männer“ immer differenzierter zuwenden. Die insgesamt wachsende Wirtschaftskraft der älteren Generation führt dazu, dass ihre besonderen Konsumwünsche stärker zur Geltung kommen.

**GAL:**  Wir setzen uns für den umfassenden Schutz des individuellen Altersvorsorgevermögens ein, um eine verlässlichere Lebensplanung zu ermöglichen. Wir fordern, ein Altersvorsorgekonto einzurichten, das nicht mehr zwischen Vorsorgearten unterscheidet und auf dem 3000 EUR pro Lebensjahr steuer- und anrechnungsfrei angespart werden können. Speziell in Bezug auf Frauen, die hauptsächlich Kindererziehung und Pflege leisten, gibt es großen Handlungsbedarf: Wir fordern eine höhere Anrechnung der Kindererziehung als auch der Pflege. Bündnis90 / Die Grünen haben sich den 10 Forderungen des Sozialverbands Deutschland zur Verhinderung von Altersarmut angeschlossen. Ein weiterer Hebel gegen die Altersarmut ist unsere Forderung nach einer deutlichen Anhebung der Regelsätze für ALG II, dies würde zu höheren Leistungen der „Grundsicherung im Alter“ führen.

Der Begriff „aktives Altern“ umfasst unserem Verständnis nach nicht, älter werdende Menschen dem Druck auszusetzen, immer gesund und fit sein zu müssen. Dennoch unterstützen wir selbstverständlich alle Bemühungen, die das aktive Altern fördern. Das beginnt damit, die

Kompetenzen und Erfahrungen der älteren Menschen nicht ungenutzt zu lassen. Jede Art von Beteiligung, ob am Erwerbsleben und bei der sozialen Teilhabe wird von uns unterstützt. In diesem Zusammenhang werden wir auch das Ehrenamt fördern, denn die Ausübung eines Ehrenamtes trägt auch dazu bei, Vereinsamung entgegen zu wirken und auch nach Beendigung des Erwerbslebens am sozialen Leben teilzunehmen. Allerdings möchten wir nicht, dass das Ehrenamt nur diejenigen ausüben können, die nicht auf einen finanziellen Ausgleich angewiesen sind. D.h.: wir fordern die Erstattung von Fahrgeld und eventuell entstehender anderer Kosten. Des Weiteren setzen wir uns für das Sozialticket (unter 20 Euro) ein, das auch Erwerbslosen und Menschen mit kleinerer Rente uneingeschränkte Mobilität garantiert. Auch Kultur und Veranstaltungen müssen für das kleinere Portemonnaie erschwinglich sein und bleiben.

**FDP:** Alterarmut ist ein noch unzureichend diskutiertes Gebiet in unserer Gesellschaft. Frauen müssen mehr Wert darauf legen, durch ihre Berufstätigkeit eigene Rentenansprüche zu erwerben und eigene Vorsorgeregelungen für sich selbst einzurichten.

Die Rentenabsicherung von hauptberuflich erziehenden Müttern und Vätern halte ich persönlich für ungenügend. Sie zeigt die fehlende Wertschätzung der Gesellschaft gegenüber der Kindererziehung und der Personen, die sich damit „beschäftigen“. Leistung muss sich lohnen, das muss auch für Frauen und Männer gelten, die ihren Teil zum Erhalt unserer Gesellschaft in Form von Kindererziehung beitragen.

**Die Linke:** Die Rente mit 67 bedeutet eine Rentenkürzung und trifft Frauen besonders, schon aufgrund dessen, dass Frauen älter werden als Männer. In Hamburg leben ca. 326.000 Menschen, die älter als 65 Jahre sind. Jeder Mensch hat das Recht, in Würde alt zu werden.